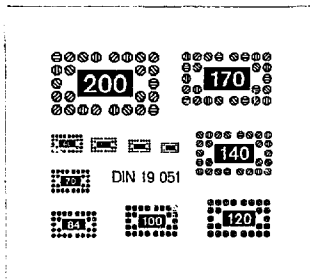


31

Otto Brenner

Freiheit und Menschenwürde



SCHRIFTENREIHE
DER INDUSTRIEGEWERKSCHAFT **METALL**
116 DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

15230



Freiheit und Menschenwürde

– von der Idee zur Wirklichkeit

Referat von Otto Brenner

Vorsitzendem der Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland, gehalten
auf dem 4. Ordentlichen Gewerkschaftstag

A15230

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

	Seite
Freiheit und Menschenwürde — von der Idee zur Wirklichkeit . . .	5
Gewerkschaften und nationale Frage . . .	6
Verfassungsfragen sind Machtfragen . . .	7
Marktwirtschaft und Menschenwürde . . .	8
„Die Prinzipien dieser Wirtschaft ändern“ . . .	9
Zur konjunkturellen Lage . . .	11
Automatisierung und Atomenergie . . .	13
Bildungsmonopol ist überlebt . . .	16
Atomenergie und „Freie Wirtschaft“ . . .	17
Krieg oder Frieden? . . .	18
Frieden und Freiheit . . .	19
Grundlagen der Wiedervereinigung . . .	20
Wederbewaffnung . . .	20
Das Aktionsprogramm . . .	22
Preise und Löhne . . .	23
Staatseigentum und „Miteigentum“ . . .	24
„Soziale“ Betriebspraxis . . .	24
Gegen Zwangsschlichtung . . .	25
Mitbestimmung und Staat . . .	26
Aktuelle soziale Forderungen . . .	27
Die „Halbstarke“ . . .	28
Freiheit und Menschenwürde verwirklichen . . .	29

ENTSCHLIESSUNGEN

I: Staatliche Zwangsschlichtung . . .	31
II: Vom Programm zur Aktion . . .	31
III: Wiedervereinigung . . .	33
IV: FDGB und Ost-West-Kontakte . . .	34
V: Kampf dem Neo-Nazismus . . .	35
VI: Wehrpflicht — Wehrdienstverweigerung . . .	36
VII: Für internationale Entspannung . . .	36
VIII: Militärische Abrüstung — Soziale Aufrüstung . . .	37
IX: Bundestagswahl 1957 . . .	38
X: Sozialpolitik und Sozialversicherung . . .	38
XI: Atom- und Wasserstoffbomben-Versuche . . .	39
XII: Miteigentum und Privatisierung . . .	39
XIII: Mitbestimmung . . .	40

Freiheit und Menschenwürde — von der Idee zur Wirklichkeit

Meine sehr verehrten Anwesenden! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Bestehen der modernen Arbeiterbewegung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ging es ihr um Freiheit und Menschenwürde. Die Gewerkschaftsbewegung konzentrierte ihre Kräfte in diesem Kampf auf die arbeitenden Klassen, denn diese waren damals völlig ausgeschlossen von allen politischen Freiheiten. Es gab kein Koalitionsrecht, es gab kein gleiches Wahlrecht. Deshalb war die Erklämpfung des allgemeinen, freien und geheimen Wahlrechts in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts das erste Ziel, das sich die Arbeiterbewegung setzte. Sie handelte in der Erkenntnis, daß ohne politische Freiheit auch kein erfolgreicher Kampf um ein menschenwürdiges Dasein geführt werden kann. Darum geht es auch heute noch! Allerdings, je mehr die Industrialisierung fortschreitet, je mehr die zusammengeballten Kräfte der Wirtschaft zu politischen Machtfaktoren werden, desto mehr hängen Freiheit und politische Grundrechte der Arbeitnehmer davon ab, ob es gelingt, sie auch in den Bereichen der Wirtschaft zu verwirklichen. Das haben uns die Erfahrungen eindeutig gelehrt. Wir haben dieses Ziel nach 1945 proklamiert als „Neuordnung der Wirtschaft“. Um sie ging es bei den Grundsatzforderungen des DGB, wie sie Hans Böckler in München aufstellte. Freiheit und Menschenwürde sind es also auch, um die gegenwärtig in der Bundesrepublik gerungen wird. Es geht um den sozialen Gehalt, um die soziale Basis unserer demokratischen Ordnung. Freiheit und Menschenwürde von der Idee zur Wirklichkeit zu führen, bedeutet auch die Durchsetzung unseres gewerkschaftlichen Aktionsprogramms, dessen Inhalt und Ziel im Mittelpunkt unseres Gewerkschaftstages vor zwei Jahren in Hannover stand.

Jeder Mensch hat einen Anspruch auf seine Freiheit und auf seine Würde. Als einzelner ist er aber hineingestellt in eine Gemeinschaft, ob Volk, Nation oder Staat. Innerhalb dieser Gemeinschaft hat es zu jeder Zeit besondere Interessen und damit auch Interessengegensätze gegeben. Das erstmal in der modernen Geschichte versuchte während der großen Revolution des Jahres 1789 die französische Nationalversammlung, die Freiheit und die Menschenwürde des einzelnen im Rahmen der Gemeinschaft festzulegen. Sie verkündete im Artikel 4 ihrer Proklamation:

„Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was anderen nicht schadet. Demgemäß hat die Ausübung der natürlichen Rechte eines jeden Menschen keine anderen Grenzen als die, den Mitgliedern der Gesellschaft den Genuß der gleichen Rechte zu sichern. Diese Grenzen können nur durch Gesetz bestimmt werden.“

Infolge der Französischen Revolution wurde im Verlaufe des 19. Jahrhunderts der politische Absolutismus in den modernen Staaten beseitigt. Das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem und die Gewerbefreiheit wurden durchgesetzt. Im Verlaufe der Industrialisierung kam das

Bürgertum zur vollen Entfaltung, ja, es wurde die entscheidende und beherrschende Macht und Klasse. Freiheit und Menschenwürde aber machen halt vor der großen Masse der Besitzlosen. Für das Proletariat des vorigen Jahrhunderts blieb im Grunde genommen nur, was der französische Dichter Anatole France in den bekannten, ironisch treffenden Satz kleidete,

das Recht in seiner erhabenen Größe verbiete den Armen wie den Reichen, unter den Brücken zu nächtigen, zu hungern und zu betteln.

Also blieb die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Arbeitenden der Gewerkschaftsbewegung überlassen. Sie wurde zur notwendigen Interessenvertretung des einzelnen Arbeitnehmers in der Gemeinschaft.

Inzwischen wurde die Idee von Freiheit und Menschenwürde allgemein anerkannt und in vielen Verfassungen zivilisierter Staaten verankert. Unser Bonner Grundgesetz z. B. sagt darüber:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar; sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller Staatsgewalt ... Die Freiheit der Person ist unverletzlich.“

Auch die Vereinten Nationen haben in ihrer Proklamation vom 10. Dezember 1948 den Versuch gemacht, Freiheit und Menschenwürde für alle neu zu formulieren. In dieser Erklärung finden wir drei Grundsätze:

1. Freiheit von Not,
2. die politischen Freiheiten und
3. die nationale Freiheit.

Gewerkschaften und nationale Frage

Wenn uns als Gewerkschaften auch das Wirtschaftliche und Soziale, also die Freiheit von Not, ganz besonders wichtig sind, so können wir doch nicht vorübergehen an der großen Bedeutung der Forderung nach nationaler Freiheit. Das umso mehr, als uns dieses Recht immer noch vorenthalten wird, vor allem durch die Sowjetunion.

In Ziffer 4 der sowjetischen Verfassung vom 10. Juli 1918 wurde einmal proklamiert:

„ein demokratischer Frieden ohne Annexion, ohne Reparationen, auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker.“

Das war die Idee — das war die Proklamation.

Die Praxis erlebten wir in der brutalen Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der baltischen Völker, Finnlands und in der Teilung Polens, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Wirklichkeit ist die Annexion eines Teiles Ostpreußens, sind die grausamen Reparationen nach 1945. Die Praxis ist die Sowjetisierung in den osteuropäischen Staaten und in der Sowjetzone. Und wie man mit den nationalen Volksgruppen in

Rußland selber verfuhr, wurde uns nur noch offiziell bestätigt durch Chruschtschow. Er berichtete vor dem XX. Parteitag der KPSU über die grausamen Massendeportationen ganzer Völkerschaften ohne Ausnahme von Frauen, Kindern und Greisen, Millionen verlor den nicht nur die Heimat, Millionen gingen dabei zugrunde. Wörtlich erklärte Chruschtschow:

„Die Ukrainer entgingen diesem Schicksal lediglich deshalb, weil sie zu zahlreich sind und kein Raum vorhanden war, wohin man sie hätte deportieren können.“

Und wie reagierte der Parteitag auf diese erschütternde Feststellung? Das Protokoll verzeichnete „Gelächter und Heiterkeit im Saal“.

Es kann uns vor allem nicht gleichgültig sein, daß große Teile Deutschlands jenseits der Oder-Neiße-Linie gewaltsam abgetrennt und Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Noch leben 18 Millionen Deutsche in der Ostzone ohne Freiheit und ohne Menschenwürde. Die Ostzone ist wirtschaftlich und politisch in den russischen Machtblock eingegliedert. Die Besserung der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik, die Hochkonjunktur, die vollen Schaufenster, die Vollbeschäftigung erwecken manchmal den Eindruck, als ob die Sehnsucht nach nationaler Einheit nicht mehr von allen Menschen hier als brennend und dringlich empfunden wird.

Wenn wir in Deutschland nicht das nationale Problem in Frieden und Freiheit und mit demokratischen Mitteln und Methoden schnell lösen, dann besteht die große Gefahr, daß eines Tages diese Frage wieder mit nationalistisch-chauvinistischen Methoden gelöst wird.

Freiheit und Menschenwürde müssen täglich neu erstritten und neu gefestigt werden. Die humanistische Vorstellungswelt und Selbstzufriedenheit des 19. Jahrhunderts, aber auch der blinde Fortschrittsglaube der Arbeiterbewegung dieser Zeit, waren oftmals ein Hemmnis. Das lehrte uns besonders die deutsche Geschichte nach 1918. Man war nicht willens oder nicht fähig, konsequent gegen alle Widersacher und Widerstände den demokratischen und sozialen Rechtsstaat aufzubauen und zu festigen. Deshalb ging der Weg von Weimar zu Hitler, zu den Vernichtungslagern von Auschwitz und Dachau, zum Massenmord an Millionen Menschen, zur Barbarei.

Die Weimarer Republik ging diesen Weg, obwohl sie die demokratischste Verfassung der Welt hatte. Gerade dieses Beispiel bestätigt somit, wie sehr Ferdinand Lassalle recht hatte, als er sagte:

Verfassungsfragen sind Machtfragen

Die Wirklichkeit entfernte sich immer weiter von der Grundidee der Weimarer Verfassung. In den letzten Jahren vor 1933 blieb schließlich nur noch der Artikel 48 übrig, mit dem Hindenburg und seine Kanzler die Verfassung außer Kraft setzten.

Die vorbildlichen Artikel und Bestimmungen dieser demokratischen Verfassung waren das eine, das andere war die Reichswehr — ein Staat im Staate —, waren die ostelbischen Grundbesitzer und ihre Positionen im Beamten- und Offizierskorps, ihre Machtstellung im Bündnis mit den Konzerngewaltigen an Rhein und Ruhr. Die Wirklichkeit war eine reaktionäre Justiz. Stärker als die Buchstaben und der gute Wille der Verfassung waren die unangetasteten Privilegien der Besitzenden, waren die Machtpositionen, die rücksichtslos eingesetzt wurden für den Fortbestand einer Wirtschaft, die man auch damals „frei“ nannte. Dennoch blieb unfrei die Mehrheit des Volkes. So ging die Weimarer Demokratie mit ihrer vorbildlichen Verfassung zugrunde. Die Lehre für uns aus diesem Kapitel der Geschichte für Gegenwart und Zukunft ist:

Freiheit und Menschenwürde werden nur dann Wirklichkeit, wenn sie in Gesetzgebung und Verwaltung ihren lebendigen Ausdruck finden, aber sie müssen sich auch in der Wirtschaft durchsetzen, wenn der Mensch frei sein soll. (Beifall.)

Marktwirtschaft und Menschenwürde

Blieben wir einen Augenblick bei dieser Frage. Die Bundesregierung erhebt immer wieder den Anspruch, ein Höchstmaß an Freiheit in der Wirtschaft zu verwirklichen. Ist das der Fall? Wie weit hat die soziale Marktwirtschaft etwas mit Freiheit und Menschenwürde zu tun?

Im Sommer 1953 hat der angesehene Frankfurter Professor Franz Böhm, Bundestagsabgeordneter der CDU und Mitglied des Grundsatzausschusses beim Bundeswirtschaftsministerium, sich sehr gründlich mit dem Problem „Freiheitsordnung und soziale Frage“ beschäftigt. Er ist ein erklärter Gegner der Planwirtschaft. Um so interessanter ist es, daß gerade er mit aller Deutlichkeit auf vier entscheidende Wesenszüge der sogenannten „freien Wirtschaft“ aufmerksam macht!

Der erste Mangel der heutigen Marktwirtschaft ist nach Professor Franz Böhm die ungleiche Verteilung der Kaufkraft. Denn die Preise, Löhne und Gehälter werden nicht nach den realen Bedürfnissen der Menschen und ihrer Arbeitsleistungen bemessen. Dieses System führt zwangsläufig zu einer Ungleichheit der Einkommen, die vom Standpunkt der Gerechtigkeit und Menschlichkeit nicht zu ertragen und nicht zu rechtfertigen ist.

Als zweiten entscheidenden Mangel nennt Prof. Böhm die plutokratische Auslese der Betriebsleiter und die Problematik des Arbeitsverhältnisses. Er sagt dazu: Im System der Marktwirtschaft kann nur derjenige in wirtschaftlicher Freiheit einen Betrieb eröffnen oder ein Unternehmen betreiben, der über entsprechende Geldmittel oder entsprechendes Vermögen verfügt. Alle anderen sind gezwungen, als Arbeitnehmer unter dem Kommando eines anderen tätig zu sein. Sie treten in ein Verhältnis der Unterordnung. Diese Art der Fristung

ihres Daseins für die Dauer ihres Lebens oder doch für die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit ist das Schicksal mehr oder weniger aller Menschen ohne Vermögen, soweit sie arbeiten können. Diese Abhängigkeit beruht zwar nicht auf staatlichem Zwang, ähnlich der Sklaverei oder der Hörigkeit, aber das kann kaum als Trost empfunden werden. So meint auch Professor Böhm, daß die rein formelle Freiheit des Arbeitsvertrages zur Bildung von Klassen führe.

Als dritten Einwand gegen die Marktwirtschaft bezeichnet er die periodischen Wirtschaftskrisen, die zu sinnwideriger und gesellschaftlich nicht zu verantwortender Lahmlegung produktiver Kräfte, zur Fehllenkung und zur Massenarbeitslosigkeit führen.

Der vierte Vorwurf Prof. Böhms richtet sich gegen die Tatsache, daß die Wirtschaft mit Monopolen weitgehend durchsetzt ist. So kann in Wahrheit von freier Preisbildung und freiem Wettbewerb nicht die Rede sein.

Wir sehen, daß unsere Vorstellungen, daß unsere Kritik an der sogenannten freien Marktwirtschaft auch geteilt werden von Wissenschaftlern und Politikern, die über den Verdacht erhaben sind, sozialistische Dogmatiker oder radikale Gewerkschafter zu sein. Bei der gleichen Gelegenheit, als Professor Böhm seine von mir eben erwähnte Kritik der Marktwirtschaft vortrug, sprach auch Professor von Nell-Breuning. Er stellte fest, daß heute die eine Gruppe besitzlos sei und weiter nichts anzubieten habe als ihre Arbeitskraft. Dagegen besitze die andere Gruppe die alleinige Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Von einem gleichen Start könne also überhaupt keine Rede sein.

„Derjenige Mensch, der darauf angewiesen ist, das einzige, was er hat, nämlich seine Arbeitskraft, zu verwerten, müsse im freien und vollständigen Wettbewerb restlos unter die Räder kommen.“
... „Die Verwirklichung des Konkurrenzprinzips an dieser Stelle bedeutet Menschenmord.“

Wie würde man sich aufregen, wenn ein Gewerkschafter sein Urteil über die Marktwirtschaft mit diesen Worten Nell-Breunings ausdrückte!

Wir dürfen uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht blenden lassen von der trügerischen Glanz-Fassade des sogenannten deutschen Wirtschaftswunders. Wir müssen hinter die Fassade schauen, um der heutigen Wirtschaftsverfassung auf den Grund zu gehen. Dann erkennen wir, wie richtig die Forderung des Frankfurter DGB-Bundeskongresses war:

„Die Prinzipien dieser Wirtschaft ändern.“

In klarer Erkenntnis dieser Zusammenhänge haben seit 1945 die deutschen Gewerkschaften eine Neuordnung der Wirtschaft gefordert. Auf dem Gründungskongreß des DGB in München 1949 wurden die „Wirtschaftspolitischen Grundsätze“ verkündet und einstimmig angenommen.

Wie forderlen:

Eine Wirtschaftspolitik unter Wahrung der Würde freier Menschen.

Die volle Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in der Wirtschaft.

Die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum.

Wir alle wissen, daß unsere Kraft bisher nicht ausgereicht hat, um diese Ziele zu verwirklichen.

Die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie wurde verhindert; die früheren Wirtschaftsmächter haben ihren alten Besitz und ihre alten Kommandostellen wieder erhalten; der Neuaufbau der alten Konzerne geht mit Riesenschritten vorwärts!

Hier darf ich noch einmal Professor von Nell-Breuning zitieren; er sagte:

„Der gewaltige Reichtum, der seit 1943 in der Bundesrepublik entstanden ist, hat die alte Sozialstruktur gefestigt, wenn nicht gar noch schärfer ausgeprägt.“

Obwohl auf dem Gebiet der betrieblichen Mitbestimmung in Teilgebieten der Wirtschaft Ansätze für eine Neuordnung vorhanden sind, obwohl durch die gewerkschaftliche Aktivität immer aufs neue Teilerfolge erreicht werden, dürfen wir uns nichts vormachen:

In der Gesellschaft, in der wir leben, sind Kapitalismus und Klassen geblieben!

Ich betone das gegenüber all denjenigen — auch in unseren eigenen Reihen —, die die äußeren Veränderungen und den gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufschwung als eine grundsätzliche Veränderung des Systems und die Klassenscheidung als überholt ansehen möchten.

Gerade weil wir die Freiheit und Menschenwürde auch in der Wirtschafts- und Sozialstruktur verwirklichen wollen, haben wir als Gewerkschaften die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß dieser entscheidende Tatbestand nicht verschleiert wird.

Welche Bedeutung aber gerade einer Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft zukommt, wird besonders deutlich, wenn wir die aktuellen Fragen untersuchen, die uns heute und in der nächsten Zukunft gestellt sind. Ich muß deshalb den wichtigsten dieser Probleme eine kurze Betrachtung widmen, nämlich

der konjunkturellen Situation,
der Frage der Automatisierung und
dem Problem der wirtschaftlichen Nutzung der Atomenergie.

Zunächst

zur konjunkturellen Lage.

Seit 1945 steht unsere Wirtschaft im Zeichen des Wiederaufbaus und der Erweiterung der Produktionskapazität. Wir müssen immer wieder daran erinern, unter welchen Bedingungen damals der Wiederaufbau begann. Es ist heute leider vergessen, daß bereits in den Jahren vor der Geldreform die Produktion eine beachtliche Höhe erreicht hatte. Allerdings kam sie kaum auf den Markt. Sie wurde von den Unternehmern weitgehend gehortet, um sie später für gute D-Mark abzusetzen. So mancher Unternehmer, der heute in seinem Betrieb den Herrn-im-Hause-Standpunkt vertritt, verdankt seine soziale Existenz und seine heutige wirtschaftliche Stellung den Leistungen der Arbeitnehmer, die damals, den blanken Hunger im Gesicht, den Schutt von den Maschinen räumten und sie wieder in Gang setzten. (Lebhafter Beifall.)

Dann kam das neue Geld.

Wie sah nun die Wirklichkeit nach der Währungsreform aus? Während der Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt in der Bundesrepublik im Jahre 1949 42,3 Prozent betrug, ist er bis zum Jahre 1955 auf 40,6 Prozent abgesunken. Dabei hat sich die Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Zwischenzeit sogar noch um rund vier Millionen erhöht. Gleichzeitig ist das Sozialprodukt gestiegen. Der Kuchen, von dem der Bundeswirtschaftsminister so gern zu reden pflegt, ist in diesen Jahren also erheblich größer geworden. Die Arbeitnehmer konnten sich aber 1955 nur ein relativ kleineres Stück davon abschneiden als im Jahre 1949. Diese Feststellung wird unserem Bundeskuchenbäcker Professor Erhard (Heiterkeit und Hände klatschen) nicht in sein wirtschaftspolitisches Backbuch passen. Aber richtig ist sie trotzdem.

Als Beispiel möchte ich anführen: Das Nettojahreseinkommen der Arbeitnehmer hat sich zwar durchschnittlich von 2310 DM im Jahre 1949 auf 3570 DM, also um 54,5 v. H. erhöht, aber in der gleichen Zeit ist das gesamte Sozialprodukt um das Doppelte und das Nettoeinkommen je Unternehmer um 93,1 v. H. gestiegen. (Hört! Hört!) Die Wachstumsrate des Einkommens der Unternehmer war also fast doppelt so hoch wie bei den Arbeitnehmern.

Gefördert wurde diese unsoziale Entwicklung durch die Steuerpolitik. In immer stärkerem Maße müssen die breiten Schichten der Bevölkerung die Steuerlast tragen, während die Unternehmer über Steuervergünstigungen große Vermögen ansammeln. Innerhalb eines Jahres, von 1954 bis 1955, stieg in der Bundesrepublik das Aufkommen an Lohnsteuern um 11 v. H., an Umsatzsteuer um 17 v. H., an Zöllen und Verbrauchssteuern um 23 v. H. An diesen steuerlichen Belastungen hatte der kleine Mann schwer zu tragen. Im gleichen Zeitraum ging dagegen das Aufkommen an Körperschaftssteuern um 2 v. H. und an Einkommensteuern um 16 v. H. zurück (Unruhe). Daran profitierten besonders die Großen!

Unsere Antwort auf die bisherige Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik war unsere aktive Lohn- und Gehaltspolitik. Sie hat uns bereits ansehnliche Erfolge gebracht. Der Versuch der Arbeitgeber, die Lohn- und Gehaltsfragen an die sogenannte volkswirtschaftliche Produktivitätsentwicklung zu koppeln und damit die bestehende Einkommensverteilung zu verewigen, konnte abgeschlagen werden. Die Gefahren für unsere Wirtschaft liegen nicht darin, daß Löhne und Gehälter und die Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung erhöht werden. Die Gefahren sind vielmehr dort zu sehen, wo sie in der Vergangenheit auch immer gelegen haben: in der Übersteigerung der Investitionen, denn der wachsenden Warenerzeugung wird eines Tages keine ausreichende Kaufkraft gegenüberstehen.

Sie liegen in den hohen Ausfuhrüberschüssen, die früher oder später zu Importeinschränkungen bei unseren Abnehmerländern führen können.

Sie liegen in dem forcierten Aufbau einer Rüstung, die mit zusätzlichem Geld finanziert wird und daher Inflationsgefahr bedeutet. (Sehr richtig! Beifall.)

Wir wenden uns nicht gegen Investitionen. Sie sind Voraussetzung für eine Steigerung des Produktionsumfanges und der Produktivität. Aber Investitionen sind kein Selbstzweck. Sie finden ihren eigentlichen Sinn erst in der besseren Versorgung der Bevölkerung und in der Verbilligung von Konsumgütern.

Das augenblickliche System der steuerlichen Investitionsvergünstigungen und Abschreibungen bedeutet dagegen in vielen Fällen einen Anreiz zur Investition, nur um Steuern zu sparen. Gleichzeitig werden durch die Kreditbeschränkungen der „Bank deutscher Länder“ der soziale Wohnungsbau und der Bau von Schulen, Krankenhäusern sowie Alters- und Jugendheimen gehemmt. Daran ändert auch nichts die Senkung des Diskontsatzes um ein halbes Prozent. Die hohe Selbstfinanzierung in der Industrie vergrößert die Gefahr von Fehlinvestitionen, die sich eines Tages als volkswirtschaftlich überflüssig und betriebswirtschaftlich unrentabel herausstellen können. In der Zweirad- und in der Ackerschlepperindustrie hat sich das erst jüngst gezeigt.

Wo bleibt eigentlich bei uns, dem Land der tausend Statistiken, eine klare und detaillierte Investitionsstatistik? (Beifall.) Es ist kein Zufall, daß der Bundesverband der Deutschen Industrie sich bisher dagegen gewandt hat. Zur Zeit gibt es keine Stelle in der Bundesrepublik, die einigermaßen exakt weiß, was, wieviel und wo investiert wird. Erst an Hand einer solchen Übersicht kann man eine volkswirtschaftliche Investitionspolitik treiben, die koordiniert und die Gefahren der Fehlinvestitionen mindert.

Wir wenden uns auch nicht gegen hohe Exporte. Die deutsche Wirtschaft ist nicht autark und kann es auch nicht sein. Gerade die Arbeitnehmer haben ein großes Interesse daran, daß die Vorteile der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung voll ausgenutzt und dadurch die Möglich-

keiten zur Verbesserung des Lebensstandards gesteigert werden. Aber Exporte, denen nicht laufend entsprechende Einfuhren gegenüberstehen, sind ein Widersinn. Ständige Ausfuhrüberschüsse verringern das inländische Güterangebot und sind eine wesentliche Ursache für den inflationären Druck, unter dem unsere Wirtschaft seit einiger Zeit steht. (Bravoure und Händeklatschen.)

Die von den Gewerkschaften erkämpften Lohn- und Gehaltserhöhungen haben also auch gerade unter den gegenwärtigen Konjunkturbedingungen einen volkswirtschaftlichen Sinn. Verbunden mit einer durchgreifenden Sozialreform können sie die Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft sichern. Sie gewinnen noch besondere Bedeutung in der Zeit des stürmischen technischen Fortschritts.

Notwendig ist eine Wirtschaftspolitik, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitsfähigen auf Dauer sichert. Notwendig sind eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes und ein ausreichender Lebensunterhalt für die Alten und Kranken. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik ist nicht dazu geeignet. Es ist unerträglich, daß sich die Bundesregierung zum Befehlscompfänger der Besitzenden und der Unternehmer herabläßt. (Starker Beifall.)

Kolleginnen und Kollegen! Ich denke dabei an die jahrelange Verschleppung des Kartellgesetzes. Ich erinnere aber auch an die berühmte Gürzenich-Rede des Herrn Bundeskanzlers vor den Industriellen in Köln. Man predigt uns „Moral“ und „Maßhalten“. Man sagt uns: „Wir sitzen alle in einem Boot.“ Jawohl, wir sitzen in einem Boot — wenn man bei diesem Beispiel bleiben will —, doch die einen heizen die Kessel und sorgen dafür, daß das Boot flott bleibt, und die andern stehen auf der Kommandobrücke oder sitzen in der Offiziersmesse. (Starker, anhaltender Beifall.)

Automatisierung und Atomenergie

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste! Wenden wir uns nun der Automatisierung und Atomenergie zu: Der Begriff zweite industrielle Revolution ist in diesem Zusammenhang zu einem Schlagwort geworden. In fast allen Ländern, Zeitungen und Zeitschriften, in vielen Diskussionen und Referaten werden die Probleme der Automatisierung und der friedlichen Verwendung der Atomenergie behandelt. Techniker, Ärzte, Politiker und Wirtschaftler setzen sich mit ihnen auseinander. Auch wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten damit beschäftigt. In einer Reihe von Beiträgen in unserer Presse haben wir dazu Stellung genommen. Erwartet nicht, daß ich mich mit wissenschaftlichen und technischen Zusammenhängen befasse, daß ich hier zu erklären versuche, was Atomenergie und Automatisierung wissenschaftlich und technisch bedeuten, denn das verstehen andere weit besser als ich. Wir können hier nur untersuchen, welche Auswirkungen diese zweite industrielle Revolution haben wird, und was wir tun können, um uns rechtzeitig darauf vorzubereiten.

Die sogenannte erste industrielle Revolution entwickelte sich Anfang des vergangenen Jahrhunderts. Die Erfindung der Dampfmaschine leitete die Industrialisierung Europas ein. Die gesamte Produktion wurde dadurch auf völlig neue Grundlagen gestellt und nahm im Verlaufe weniger Jahrzehnte einen Umfang an, wie man es vorher nicht ahnte. Diese Industrialisierung warf politische, soziale und kulturelle Probleme auf, die zum Teil heute noch nicht gelöst sind.

Nun leiten der technische Fortschritt und die wissenschaftlichen Erkenntnisse unserer Generation die zweite industrielle Revolution ein.

Es ist bekannt, daß in den USA die Automatisierung ständig zunimmt. Auch in Europa und in der Sowjetunion beginnt sie. Das bedeutet, daß die menschliche Arbeitskraft mehr als bisher durch die technische Apparatur ersetzt wird. Die Steuerung der Maschinen wird von Automaten besorgt. In vollautomatisierten Betrieben kann bereits heute mit einem Bruchteil der bisher beschäftigten Arbeitnehmer das Zehn-, Zwanzig- und Hundertfache produziert werden. Auch wenn die Meinungen über das Tempo und den Umfang der Möglichkeiten der Automatisierung auseinandergehen, so steht doch fest, daß es sich hier nicht um eine ferne Zukunftsmusik handelt.

Die Zukunft hat auch bei uns schon begonnen!

Die elektronischen und elektromagnetisch gesteuerten Walzenstraßen — die elektronischen Rechenmaschinen und Elektronengehirne sind Beispiele dafür.

Es steht heute schon fest, daß die Automatisierung eine völlige Umgestaltung der Büroarbeit herbeiführen und auch die Angestellten in der Großindustrie betreffen wird. In Amerika werden bereits Rechenmaschinen gebaut und exportiert, die mechanisch einen ganz entscheidenden Teil der Rechenarbeit leisten, für die man heute noch Tausende Angestellte benötigt. Bekannt ist das Beispiel jener großen Fabrik, in der für 2000 Arbeiter — mit den unterschiedlichsten Verdiensten je Stunde — die Löhne in 45 Minuten von einer Maschine mit einem Mann Bedienung errechnet werden. Dazu war früher ein großes Lohnbüro mit vielen Angestellten nötig. Die Automatisierung wird also eine ganze Reihe von neuen Problemen aufwerfen. Ich möchte in diesem Zusammenhang den deutsch-amerikanischen Soziologen Dr. Fritz Sternberg zitieren:

„Es ist immer wieder gesagt worden, daß eine der entscheidenden Umwandlungen darin besteht, daß es Maschinen sind, die nunmehr Maschinen lenken, bedienen und dirigieren.“

Aber es ist der Mensch, der diese Maschinen erfunden hat, der sie weiterentwickelt.

Es muß auch der Mensch sein, der sich um die sozialen Auswirkungen kümmert, der dafür sorgt, daß die neue Steigerung der Produktivität der Arbeit, die sich im Gefolge der zweiten industriellen Revolution ergibt, dem arbeitenden Menschen zugute kommt.

Es ist mit anderen Worten notwendig, diese zweite industrielle Revolution nicht nur technisch zu lenken, sondern auch sozial.“

Dazu gehört, Kollegen, auch die Aufbringung gewaltiger Kapitalmittel, die für die Automatisierung benötigt werden. Diese Mittel können nur aus dem Sozialprodukt, d. h. also aus unser aller Hände Arbeit kommen. Auf welchem Wege soll das nun geschehen?

Zür Zeit ist alles darauf abgestellt, auch diese Finanzierungsaufgabe über die Preise und die steuerbegünstigten Gewinne zu lösen. Das würde bedeuten, daß sich auch diese Kapitalmittel wieder in privaten Händen sammeln. Sie wird eine noch stärkere Konzentration des Kapitals herbeiführen und damit zugleich gesellschaftspolitische Machtpositionen in noch markanterer Weise schaffen.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind keine Maschinenstürmer! Wir führen nicht die Automatisierung und wissen sehr wohl, daß sie, vernünftig und sozial angewandt, die physischen Anstrengungen der arbeitenden Menschen verringern wird.

Wenn in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in England, aber auch in Deutschland, die arbeitenden Menschen mit Schrecken den neu eingeführten Maschinen begegneten, weil sie sich ihnen hilf- und schutzlos ausgeliefert sahen, so nur deshalb, weil die erste industrielle Revolution in ihren Folgen nicht verkürzte Arbeitszeit und nicht größeren Wohlstand mit sich brachte. Im Gegenteil: sie brachte Nachtarbeit, Frauenarbeit, Kinderarbeit und immer größere Verelendung der proletarisierten Handwerker und Bauern.

Und das war damals vor allem deshalb möglich, weil die Arbeiter, ohne politische Freiheit, ohne Koalitionsrecht, keine Gegenkraft bilden konnten. Heute haben wir die Erfahrungen der Vergangenheit. Wir haben auch aus der bisherigen Rationalisierung gelernt. In gewisser Hinsicht ist die Automatisierung ihre Konsequenz und Steigerung. Schließlich haben wir heute eine große und einheitliche Gewerkschaftsbewegung. Wir haben eine, trotz aller Mängel, funktionsfähige politische Demokratie und internationale Gewerkschaftsorganisationen. Diese ermöglichen nicht nur einen Erfahrungsaustausch, sondern leisten gegenseitig solidarische Hilfe überall dort, wo es notwendig ist. All das wird es uns möglich machen, auch die Chancen, die mit der Automatisierung verbunden sind, zu nutzen.

Wir sollten im Zusammenhang mit Automatisierung und Atomkraft allerdings nicht zu viel über die Zukunft reden. Wir sollten nicht auf Wunder warten. Es kommt auf die klare und nüchterne Erkenntnis an, daß wir heute aktiv sein müssen, um die Probleme von morgen lösen zu können. (Beifall.)

In Amerika fordern die Gewerkschaften bereits die Einführung der 36-Stunden-, der 4-Tage-Woche. Die Verkürzung der Arbeitszeit haben wir in den Mittelpunkt unseres Aktionsprogramms gestellt. Unser Ziel, die 40-Stunden- = 5-Tage-Woche, gewinnt deshalb im Hinblick auf die Zukunft eine noch größere Bedeutung als bisher. Die Verwirklichung unseres Aktionsprogrammes ist also auch die Aufgabe, die wir in der Gegenwart für die Zukunft lösen müssen. Darauf komme ich später noch einmal zurück.

Gerade im Zusammenhang mit der Automatisierung erhält das Problem der Mitbestimmung eine vollkommen neue und dringliche Bedeutung. Wenn die Unternehmer in Coventry jetzt ihre Produktion automatisieren und dadurch plötzlich Tausende von Arbeitern von einem Tag auf den andern entlassen und arbeitslos wurden, dann muß man sich doch fragen: Warum haben jene Unternehmer nicht die Vertreter der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, bereits vor Jahr und Tag von ihren Plänen unterrichtet? (Beifall.) Warum haben sie nicht mit den Gewerkschaften gemeinsam beraten und gemeinsam beschlossen, wie die sozialen Folgen verhütet werden können? Natürlich genügt es nicht, die Gewerkschaften nur zu informieren. Es müssen ihnen neue und weitgehende Mitbestimmungsrechte auch auf diesem Gebiet eingeräumt werden, wenn soziale Spannungen vermieden werden sollen. (Beifall.)

Bildungsmonopol ist überlebt

Es würde zu weit führen, wenn ich hier ausführlich auf die Erfordernisse der Umschulung und Bildung zu sprechen kommen wollte, die sich aus der neuen industriellen Entwicklung ergeben. Aber einige Fragen muß ich doch hervorheben.

Notwendig ist die Bereitwilligkeit, das Bildungsmonopol gewisser Gesellschaftsschichten aufzuheben und die Mittel für eine wissenschaftliche Ausbildung breiter Bevölkerungsteile bereitzustellen.

Warum gibt es immer noch keine allgemeine Schulgeldfreiheit in allen deutschen Ländern?

Warum kein wirtschaftlich sorgenfreies Studium der Begabten?

Warum keine Lehrmittelfreiheit?

Noch immer erhalten Hunderttausende von Jugendlichen nicht einmal eine Berufsschulausbildung. Der Deutsche Industrie- und Handelstag stellte dies kürzlich fest.

Warum baut man Verwaltungspaläste statt Schulen?

Und warum schließlich gewährt man den Wissenschaftlern und ihren Assistenten keine ausreichende materielle Basis für Existenz und Arbeit?

Jede Klage über fehlenden wissenschaftlichen Nachwuchs ist nur eine Anklage gegen das an den Besitz gekettete Bildungsmonopol. (Beifall.)

Wir erleben immer wieder, wie Studenten der Frankfurter Universität zu uns kommen und uns bitten, sie während ihrer Semesterferien zu beschäftigen, damit sie sich über Wasser halten können. Dieselben Erfahrungen machen zweifellos zahlreiche Stellen des DGB und anderer Gewerkschaften. Was im Rahmen unserer Möglichkeiten geschehen kann, tun wir. Stets ist bei uns eine Anzahl Studierender beschäftigt. Aber wir wissen, daß diese Hilfe nicht mehr ausmacht als ein Tropfen im Ozean. Auch aus den Mitteln der gewerkschaftlichen Stiftung Mitbestimmung, von der Heinrich Sträter gestern sprach, kann nur Wenigen geholfen werden.

Auch in diesem Zusammenhang ist unser Aktionsprogramm aktuell: Wir fordern darin das neue Schuljahr, eine Neuordnung der Berufsschulausbildung, insbesondere aber eine Neugestaltung der Lehrlingsausbildung.

Schon in wenigen Jahren wird auf Grund der technischen Revolutionierung das Problem der Arbeitsbeschaffung für ältere Angestellte verschärft auftreten. Hier haben die Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft rechtzeitig Vorsorge zu treffen, die notwendige Umschulung der betroffenen Angestellten zu gewährleisten. Sie müssen den Anforderungen der automatisierten Verwaltung gewachsen sein oder neue Berufsaufgaben wahrnehmen können.

Atomenergie und „Freie Wirtschaft“

Nun zum anderen wesentlichen Merkmal der zweiten industriellen Revolution — zur Atomkraft.

Auf der kernphysikalischen Energie beruht die wirtschaftliche Nutzung der Atomkraft. In den USA, in der Sowjetunion, in England ist die Entwicklung bereits sehr weit gediehen. In der Bundesrepublik sind die Vorbereitungen für die Einrichtung von Versuchsreaktoren im Gange. Es gibt ein Atomministerium, eine Atomkommission, Vorbereitungen für ein Atomgesetz, und auf europäischer Ebene finden Verhandlungen über eine Organisation der Verwendung der Kernenergie statt.

Die riesigen Kapitalien, die zur Entfaltung der Kernenergie benötigt werden, zwingen zu einer Konzentration von wirtschaftlicher Kraft. Mit der Atomenergie entsteht ein neuer Machtfaktor, ein neues Monopolgebilde in der Gesellschaft, eine Art Staat im Staate. Notwendiger noch als bei jeder anderen wirtschaftlichen Konzentration bedarf es hier einer lückenlosen demokratischen Kontrolle vom Rohstoff bis zum letzten Körnchen Atommill! (Beifall.)

Notwendig ist ferner ein wirksamer Schutz der Bevölkerung gegen Atomschäden. Das kann keine Aufgabe privater Einrichtungen sein. Auch aus diesen Gründen sind die öffentliche Verantwortung und Kontrolle und die gesamtwirtschaftliche Planung und Lenkung des Einsatzes von Atomenergie zwingend.

Was hätte es für einen Sinn, noch von „wirtschaftlicher Freiheit“ zu sprechen

angesichts dieser neuen Monopolmacht, die in das Wirtschaftsgetriebe eindringt;

angesichts der mit der Energiegewinnung und -anwendung verbundenen Gefahren;

angesichts der ungeheuren Investitionskosten für die Energieanlagen, für die erforderlichen Forschungsaufgaben, für die öffentlichen Schutz- und Abwehrmaßnahmen.

angesichts aller dieser Tatsachen wäre es widersinnig, den Aufbau einer Kernenergie-Industrie auf privatkapitalistischer Grundlage vorzunehmen. (Beifall.)

Aber wie reagieren die deutschen Unternehmer?

Sie begrüßen es, daß die Bundesregierung im Atomgesetz plant, der privaten Initiative große Möglichkeiten einzuräumen. Die Atomindustrie in der Bundesrepublik soll also ebenfalls den „Prinzipien und Methoden der freien Wirtschaft“ unterliegen.

Nun muß man wissen, daß es selbst in den Vereinigten Staaten Amerikas keine private Atomwirtschaft gibt. Nicht nur etwa wegen ihres Zusammenhanges mit der atomaren Rüstung. Es ist überhaupt ein Märchen, daß es in den USA keinen Staatseingriff auf wirtschaftlichem Gebiet und keine Planung gibt.

Im Unterschied zu dem deutschen Unternehmertum sind wir der Ansicht:

Mit der Aufspaltung der Atome rührt der Mensch an Naturkräfte, die bisher in einem gewissen Gleichgewicht ruhen.

Durch die Atomspaltung wird etwas Neues, Unheimliches und Gefährliches ausgelöst. Energien ungeahnter Stärke, einer unheimlichen und schwer zu kontrollierenden Kraft werden durch den Menschen entfesselt. Vielleicht zum Guten, vielleicht aber auch zum Bösen. Es bleibt die Frage, ob die Menschen überhaupt in der Lage sind, diese entfesselten Naturkräfte zu bändigen. Eine Kraft von so ungeheurer Bedeutung darf auf keinen Fall in die Hände privater Geschäftsleute gelegt werden! (Beifall.)

Darum gilt auch für dieses Gebiet unser Münchener Programm!

Man komme uns nicht mit dem Argument, die „Freiheit der Wirtschaft“ sei in Gefahr. Die ungeheuren Kosten des Aufbaus der Atomwirtschaft können nur von Weltkonzernen oder einer Kombination großer Konzerne aufgebracht werden. Natürlich werden sie außerdem gerade öffentliche Mittel dafür in Anspruch nehmen. Sie werden durch sogenannte Selbstfinanzierung — also über Preise, Steuern, Löhne und Gehälter — eine private Supermacht aufbauen. Mit freiem Unternehmertum und freier Wirtschaft hat ein solches Superkartell nichts, aber auch gar nichts, zu tun.

Krieg oder Frieden?

Ob die zweite industrielle Revolution der Menschheit Fluch oder Segen bringt, ob sie zur Vernichtung oder zum sozialen Aufstieg in Freiheit und Menschenwürde führt, hängt allein davon ab, ob es gelingt, in der Welt den Frieden zu erhalten.

Die freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung fordert deshalb eine weitgehende und wirksam kontrollierte Abrüstung. (Beifall.)

fall.) Wir fordern mit allen Einsichtigen und Friedfertigen in der freien Welt die sofortige Einstellung der Atom- und Wasserstoffbombenversuche — auf dem ganzen Erdball! (Langanhaltender Beifall.)

Allerdings: Krieg oder Frieden sind auch weitgehend von der inneren Entwicklung der Staaten abhängig. Die Ereignisse der letzten Jahre in den Ländern des Ostblocks sollten uns freimachen von der Vorstellung, als ob das dortige System unerschütterlich, festgefügt und stabil sei. Die neue industrielle Entwicklung wird auch dort neue Probleme aufwerfen und neue Spannungen erzeugen. Der Verschleiß von Millionen Menschen in unproduktiver Zwangs- und Sklavenarbeit wurde bereits eingeschränkt. Die bolschewistischen Machthaber müssen nach neuen Mitteln und Wegen suchen, um sich den veränderten Bedingungen der industriellen Revolution anzupassen.

Allen Erklärungen zum Trotz werden sozialer Fortschritt und wirtschaftlicher Wohlstand auch dort nur möglich sein durch die Herstellung eines freiheitlichen und demokratischen Staates und die Sicherung demokratischer Grundrechte. (Beifall.) Die Zulassung freier und unabhängiger demokratischer Organisationen und die Beseitigung der Einparteien-Diktatur sind unabdingbare Voraussetzungen.

Aufgabe der freien Welt ist es, den Völkern nach zwei Kriegen, nach Not, Tod und Vertreibung, nach Hitler und Stalin die Furcht zu nehmen und ihnen Sicherheit zu geben vor neuen Kriegen, vor neuem Leid, Gewaltanwendungen und Kolonialmethoden werden jedoch weder die Furcht nehmen, noch Vertrauen erwecken. Solche Methoden treiben die Völker nur in die Arme der Sowjets. Nur die Erkenntnis, daß die Zeiten des alten Kolonialismus endgültig vorbei sind, kann der Menschheit Freiheit, Menschenwürde und Frieden bringen. (Beifall.)

Frieden und Freiheit

sind unheilbar! Wer sich zu dieser Auffassung bekennt, erschüttert seine Glaubwürdigkeit durch eine tolerierende Haltung westlichen Diktaturen gegenüber.

Wer sich zu den streikenden Arbeitern in der Sowjetzone und in Polen bekennt, kann die Unterdrückung der Arbeiter, Studenten und gläubigen Menschen in Spanien nicht schweigend hinnehmen. (Beifall.)

Was unser Verhältnis zur Zone und insbesondere zum FDGB anbelangt, so brauche ich wohl dazu nicht sehr viel zu sagen. Für uns ist diese Organisation kein Teil der Arbeiterbewegung. Die Menschen in der Ostzone sollen wissen, daß die Gewerkschaften in der Bundesrepublik sich niemals dazu hergeben werden, das dortige Regime zu legitimieren. (Beifall.)

Das Volk soll in freier Wahl entscheiden. Unabdingbar sind: ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freier Meinungskampf, Zulassung freier und unabhängiger Gewerkschaften, uneingeschränktes Streikrecht, Freizügigkeit im Arbeitsplatzwechsel und freier Reiseverkehr in allen Teilen Deutschlands. (Beifall.) Wir werden nicht nachlassen, dieses zu fordern. Wer von drüben zu uns kommen will, um mit uns zu sprechen und zu verhandeln, soll eine klare Antwort auf diese Forderungen mitbringen. (Beifall.)

Wer das nicht kann oder nicht will, soll fortbleiben.

Grundlagen der Wiedervereinigung

Uns geht es um die Freiheit und die Würde der Menschen jenseits der Elbe. Nicht aber, und das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, um die Wiederherstellung der Privilegien früherer Herrenschichten. (Beifall.)

Wir befinden uns damit auch in Übereinstimmung mit vielen Menschen außerhalb der Gewerkschaften. Ich darf hier wieder Professor von Nell-Breuning zitieren, der erklärte:

„Die entscheidende Frage bei der Wiedervereinigung der beiden Hälften Deutschlands in Freiheit wird sein, ob wir in einer strukturellen Reform der Gesellschaft und Wirtschaft in einer Weise vorgeschritten sind, daß die deutschen Menschen der sowjetischen Besatzungszone manches von dem, was ihnen drüben als eine schätzenswerte Errungenschaft erscheint, in unserer sozialen Verfassung wiederfinden ...

Es wird von uns ein hohes Maß an sozialer Toleranz gefordert werden. Es gibt bei uns noch allzu viele, für die „unternehmerisch“ gleichbedeutend ist mit „alles beim alten lassen“, auch wenn es schon längst das Gemeinwohl der Betriebe, der Wirtschaft und des Volksganzen gefährdet und verhindert.“

Die Konsequenz aus solchen Erkenntnissen kann doch nur sein, daß unsere demokratische Entwicklung kraftvoll und mutig vorangetrieben wird, daß wir die gegenwärtige restaurative Situation überwinden im Geiste der Freiheit, der Menschenwürde, in sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit, im Geiste einer sozialen Aufrüstung! (Beifall.)

Wenn wir von Wiedervereinigung und Demokratie sprechen, so ist es zwangsläufig, daß wir uns mit der Militarisierung und

Wiederbewaffnung

beschäftigen. Es geht nicht nur darum, daß der Militarismus überall in der Welt den einzelnen in seiner Freiheit und in seiner Menschenwürde einschränkt. Auch die demokratischen Gemeinwesen werden davon betroffen. Wir in Deutschland haben unsere speziellen Erfahrungen mit

dem Militarismus, mit seinem Verhältnis zum demokratischen Staat und mit den Gefahren, die er für die soziale und freiheitliche Grundordnung darstellen kann. Das mag in anderen Ländern mit langer demokratischer Tradition anders sein.

Wir haben auch die Entwicklung der letzten zwei Jahre sehr aufmerksam beobachtet. Wir erinnern uns sehr wohl an die Reden des Herrn Seeböhm und des Kapitän zur See Zenger. Das „Vorsterben“, von dem der Minister Blank sprach, erregte vor einigen Wochen die Öffentlichkeit. Die Angriffe gegen Graf Baudissin zeigen, wie schwer es aufrechte Demokraten in der Bundeswehr haben. Das alles und manches andere haben unser Mißtrauen und unsere Befürchtungen noch verstärkt. Es ist sicher kein Zufall, daß die neue Bundeswehr offenbar an die alten reaktionären Traditionen der großdeutschen Reichswehr anknüpfen will.

Wir wenden uns mit Empörung gegen alle Versuche, Wehrdienstverweigerer zu diffamieren. Kolleginnen und Kollegen, uns klingt das Gerede des Herrn Euler darüber noch in den Ohren. Wir meinen: Wer aus politischen, nationalen oder religiösen Gründen den Wehrdienst verweigert, der hat einen Anspruch darauf, mindestens ebenso respektiert zu werden wie eifrige Wehrdienstbejäger. (Beifall.)

Um so wichtiger ist unsere Verpflichtung, uns um die jungen Menschen, um die jungen Gewerkschafter zu kümmern, falls sie eingezogen werden. Es wird dringend notwendig sein, Formen zu finden, die den weiteren festen Zusammenhalt der Gewerkschaftsmitglieder während der Dienstzeit sowohl untereinander als auch zwischen ihnen und ihren Gewerkschaftsorganisationen sichern. (Beifall.)

Seit Jahren haben der DGB und die Gewerkschaften aus ihrer Verantwortung und ihrer Verpflichtung heraus ihren Standpunkt vor aller Öffentlichkeit dargelegt: Die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses sind bekannt. Wir haben immer wieder gewarnt, immer wieder protestiert, immer wieder an die gesetzgebenden Instanzen wie auch an die demokratische Aktivität jedes einzelnen appelliert.

Wir haben allerdings nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir uns nicht einspannen lassen für diejenigen, die Militarismus nur bei uns sehen, selbst aber sogar Hitlers getreuesten Feldmarschall Paulus benutzen, um unsere Jugend wieder zu drillen. (Beifall.) Für uns als Gewerkschafter gibt es keinen anderen Weg, den Gefahren der Wiederaufrüstung zu begegnen, als alle Mittel und Möglichkeiten des demokratischen und parlamentarischen Staates auszunutzen. Die Entscheidung der Bundestagsmehrheit für die Bundeswehr auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht ist gegen die Meinung und gegen den Willen des größten Teiles unserer Mitglieder gefallen (Beifall), der in dieser Entscheidung ein schweres Hemmnis gegen die Wiedervereinigung erblickt. Wir sind aber keine Partei und können und wollen auch kein Parteiersatz werden.

Unsere Aktivität in diesen Fragen muß sich vor allem auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die mit der Wiederaufrüstung zusammen-

hängen, konzentrieren. Soziale Sicherheit, wirtschaftlicher Wohlstand, kulturelle Aufwärtsentwicklung müssen den Vorrang haben.

Die soziale Aufrüstung ist und bleibt das Entscheidende.

Verbesserung der Löhne und Gehälter,
Verkürzung der Arbeitszeit,
die große Sozialreform,
der Bau von Schulen und Krankenhäusern

dürfen nicht zurückgestellt werden hinter die angeblichen Belange einer militärischen Rüstung. (Beifall.)

Darüber hinaus bleibt der Appell an die mutige und demokratische Initiative, der Appell an jedes einzelne Mitglied, von seinen demokratischen Grundrechten noch mehr als bisher Gebrauch zu machen.

Wenn die wahlberechtigten Gewerkschafter und ihre Familienangehörigen bei den kommenden Bundestagswahlen nur jenen Abgeordneten ihre Stimme geben — gleichgültig, welcher Partei sie angehören —, die in der Vergangenheit bewiesen haben oder von denen zu erwarten ist, daß sie in der Zukunft in ihrem Sinne im Parlament wirken, dann sind die getroffenen Entscheidungen der heutigen Parlamentsmehrheit nicht endgültig. (Beifall. Zurufe: Sehr richtig!) Wir brauchen dann nicht pessimistisch zu sein. Dann wird es uns gelingen, Freiheit und Menschenwürde auch in dieser Lebensfrage entschlossen zu verteidigen und dem sozialen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen.

Das Aktionsprogramm

Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Anwesende! Welches sind nun unsere nächsten Aufgaben in der Bundesrepublik unter den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen und angesichts der Tatsache einer sogenannten sozialen Marktwirtschaft?

Wir sprachen über unsere Grundsatzforderungen von München und über ihre neue große Bedeutung. Nach wie vor stehen jedoch die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik einer baldigen Verwirklichung dieser Grundsatzforderungen im Wege. Das gilt es, nüchtern und klar zu erkennen. Daher haben wir unsere Arbeit auf ein Aktionsprogramm mit gewerkschaftlichen Nahzielen konzentriert; denn wir dürfen unsere Kraft nicht verzetteln! Die Bedeutung einer wirklichen Arbeitszeitverkürzung und die Einführung der 5-Tage-Woche können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden gerade unter dem Gesichtspunkt von Freiheit und Menschenwürde.

Das „Bremer Abkommen“ war der erste Schritt dazu. Ich möchte alle — auch in den eigenen Reihen —, die die Arbeitszeitverkürzung bagatellisieren wollen, auf die Wichtigkeit hinweisen, die schon Karl Marx der englischen 10-Stunden-Bill von 1848 beigemessen hatte. Weit mehr als früher Arbeitszeitverkürzungen und auch mehr als die Einführung des 8-Stunden-Tages wird die 5-Tage-Woche das Leben jedes Arbeit-

nehmers, seiner Familie, ja, der ganzen Gesellschaft umformen. (Beifall.) Sie wird entscheidend beitragen zur Bildung eines neuen Selbstbewusstseins bei den vielen Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, die nach 1945 zu uns kamen, insbesondere bei der Jugend.

Kolleginnen und Kollegen! Wenn am 1. Oktober in einem großen Teil der Metallbetriebe die 5-Tage-Woche eingeführt wird, dann werden alle Arbeiter und Angestellten, vor allem Frauen und Jugendliche, spüren, was ein zweiter arbeitsfreier Tag für sie bedeutet. Dabei sind wir uns klar, daß es bei der 45-Stunden-Woche nicht bleiben darf und kann. Unser Ziel ist nach wie vor, in absehbarer Zeit die 40-Stunden-Woche an fünf Tagen zu erreichen. (Beifall.)

Preise und Löhne

Mit aller Schärfe und Deutlichkeit wenden wir uns gegen all jene, die uns und der Öffentlichkeit einreden wollen, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen zu einer allgemeinen Preissteigerung führen müßten. (Zurufe.) Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Obwohl von Unternehmenseite immer wieder versichert wurde, steigende Gewinne sollten und würden zum Zwecke von Preissenkungen ausgenutzt werden, wurden die Preise in den letzten Monaten weiter nach oben getrieben. Gerade die Preissteigerungen, die die Millionen Arbeitnehmer und sozial Schwachen besonders getroffen haben: die Erhöhung der Mieten, die ständige Verteuerung der Grundnahrungsmittel haben nichts mit Lohnerhöhungen zu tun. Wir brauchen nur an Brot und Eier, an Butter und Milch zu denken, und vor allen Dingen an die Erhöhung der Fleischpreise. Hier handelt es sich um ein freivelhaftes Spiel, und es werden riesige Gewinne in die Tasche gesteckt. Mögen der Groß- und Zwischenhandel und die Bauernverbände untereinander streiten, wer daran schuld sei. Es steht fest, und das haben nicht die Gewerkschaften ausgerechnet, daß gerade die Steigerungen der Fleischpreise in den letzten Wochen und Monaten die runde Summe von 286 Millionen DM ausmachen und den Arbeiterhaushalt sehr spürbar belasten. (Zurufe.) Alle diejenigen, die deshalb an die Gewerkschaften die Forderung stellen, sie möchten ihre Aktivität entfalten, um die Preise zu senken, sollen und müssen wissen, daß sie sich da an die falsche Adresse wenden. (Zurufe: Sehr gut!)

Die Bundesregierung war es, die die Preisgesetzgebung liquidierte und damit den Weg frei gab für einen Ausplünderungsfeldzug gegen die Verbraucher. (Beifall.) Die Bundesregierung war es, die sich bis zum heutigen Tage beharrlich weigert, eine Zolpolitik zu verwirklichen, die zu einer wesentlichen Senkung der Preise beitragen würde. Seit Jahren liegt das Kartellgesetz auf Eis, und nach wie vor gibt es kein wirksames Verbot von Preisabsprachen auf Kosten der Verbraucher. Und wie man außerdem noch indirekt die Preise erhöhen kann und zusätzliche Gewinne einheimst, das haben uns die aufsehenerregenden Enthüllungen

über strafwürdige Qualitätsveränderungen und Qualitätsverschlechterungen von Waren gezeigt.

Natürlich wollen wir eine wirksame Senkung der Preise, und wer das gleiche will, soll sich für die gewerkschaftlichen Vorstellungen von der heute notwendigen Wirtschaftspolitik einsetzen. (Beifall.)

Staatseigentum und „Miteigentum“

Mit aller Schärfe müssen wir gleichzeitig jene Versuche zurückweisen, die unter dem Vorwand der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wertvollen Bundesbesitz privatisieren wollen. In diesem Fall wird ein berechtigtes Anliegen der deutschen Öffentlichkeit und der Gewerkschaften dazu benutzt, die Verschleuderung von Bundesvermögen an einige Großverdiener zu ermöglichen.

Die Industriebetriebe im öffentlichen Besitz haben eine wichtige wirtschaftliche und sozialpolitische Funktion zu erfüllen. Sie müssen als Schrittmacher in der übrigen Wirtschaft wirken. Sie müssen in echter Konkurrenz zu den Privatbetrieben ein Vorbild sein in Bezug auf Preis-, Investitions- und Absatzpolitik wie auch in den sozialen Leistungen an die Belegschaften.

Der Anteil des Staates an unserer Wirtschaft ist nicht zu unterschätzen. Er beträgt zum Beispiel im Kraftfahrzeugbau 35 v.H., im Schiffbau 30 v.H., in der Steinkohlenförderung 18 v.H. und in der Aluminiumerzeugung sogar 68 v.H.

Soll man den Einfluß, der damit möglich ist, nur eines neoliberalen Dogmas wegen aufgeben? Nein, dieser Einfluß muß genutzt werden, um bestehende Kartellbildungen zu zerschlagen, Monopole zu verhindern und eine sozial gerechte Wirtschafts- und Konjunkturpolitik zu unterstützen. Die Bundesregierung darf nicht länger Vorspann privatkapitalistischer Interessen sein. Wir lassen jedenfalls keinen Zweifel darüber, daß wir eine Verhörerung von Allgemeineigentum nicht zulassen werden! (Beifall.)

Auch unsere Freunde, die der Meinung sind, solche Probleme wären lösungsreif, wie die der Regelung des Miteigentums an den Produktionsmitteln in Arbeiterhand durch Investmentbanken und Investmentaktien, möchte ich ersuchen, solche Überlegungen, solche Wünsche, solche Pläne noch zurückzustellen. Ich meine, daß solche neuen Vorschläge im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht reif sind und uns nur ablenken werden von den wesentlichen und vordringlichen Aufgaben. Sie zerplittern unsere Kräfte.

„Soziale“ Betriebspraxis

Viel dringlicher ist es doch, uns noch mehr als bisher darauf zu konzentrieren, daß die immer noch anwachsenden sogenannten freiwilligen betrieblichen Sozialleistungen endlich rechtlich gesichert und daß sie ein Bestandteil der Tarifverträge werden. (Beifall.) Wir wissen,

daß alle diese freiwilligen Sozialleistungen ohne den Druck, ohne das Gewicht der Gewerkschaften sowieso nicht da wären.

Wir wollen keineswegs den Arbeitnehmern in den Betrieben, in denen bessere soziale Leistungen bestehen, diese nehmen. Im Gegenteil! Wir wollen jedoch, daß sie als das Gesehene und behandelte werden, was sie sind: ein Teil des schwer verdienten, dem Arbeitnehmer zustehenden Lohnes oder Gehaltes. (Beifall.)

Wie kaum an einem anderen Beispiel des täglichen Ringens der Gewerkschaften ist an der betrieblichen Sozialpraxis zu erkennen, was Freiheit und Menschenwürde bedeuten. Ich denke zum Beispiel an betriebliche Pensionszahlungen und Werkswohnungen, die im allgemeinen die Freizügigkeit des Arbeitnehmers wesentlich einschränken. Er kann nicht jederzeit den Arbeitsplatz wechseln, wenn er nicht gleichzeitig Werkswohnung oder künftige Pensionszahlungen gefährden will. Er ist auch gezwungen, so manches einzustecken, was ihm in dem Betrieb nicht paßt. Und wir kennen genug Fälle, in denen bei Streiks ein deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl erfolgte, der manchen in Gewissenskonflikte brachte.

Gegen Zwangsschlichtung

Kolleginnen und Kollegen! In den Jahren nach 1945 waren sich Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften völlig einig — so schien es wenigstens —, daß ein staatlicher Eingriff in die Tariffreiheit, wie wir es einmal unseligen Andenkens in der Weimarer Zeit erlebt hatten, sich nicht wiederholen sollte. Dieses Bild hat sich in den letzten Jahren verändert. Sobald die Gewerkschaften Forderungen aufstellten oder es ihnen gelang, für die Arbeitnehmer etwas zu erreichen, war das Geschrei groß. Die gesamte Wirtschaft sei in Gefahr, Staat und Gesellschaft würden erschüttert, und die Regierung dürfe in Anbetracht dieses — wie sie es nennen — „Mißbrauchs der Tariffreiheit“ nicht länger mit verschränkten Armen zusehen. Die sonst am lautesten gegen jede Planwirtschaft zu jeder Zeit protestierten, gegen jeden Dirigismus, gegen jeden Staatseingriff ihre Stimme erheben, fordern ausgerechnet hier einen staatlichen Eingriff.

Am Montag sprach der Herr Bundesarbeitsminister zu diesem Thema. Ich will nicht wiederholen, was andere Redner schon dazu sagten. Es ist leider so: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und ein Minister noch keine Demokratie. (Beifall und Heiterkeit.)

Wir haben uns schon am dem letzten Gewerkschaftstag in Hannover mit den jetzt wieder aktuellen Plänen auseinandergesetzt müssen, und ich warne hier noch einmal alle die, die mit der Zwangsschlichtung drohen, um uns an der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen zu hindern!

Und ich möchte fragen, ob man auch staatliche Schlichtung fordern würde, wenn eine Regierung Ollenhauer in der Bundesrepublik Wirklichkeit werden sollte? (Beifall.)

Mitbestimmung und Staat

Nun ein paar Bemerkungen zu einer anderen Frage: In der letzten Zeit gingen durch die Presse Mitteilungen, die so wirkten, als ob die Gewerkschaften im Augenblick keine andere Sorge hätten, als einen Bundeswirtschaftsrat anzustreben. Ein Bundeswirtschaftsrat hat nach gewerkschaftlichen Vorstellungen nur dann einen Sinn und realen Wert, wenn er eine Spitzenkörperschaft bildet, aufgebaut auf der paritätischen Mitbestimmung in Wirtschaft und Verwaltung von unten bis oben. Es genügt nicht, daß nur in Kohle und Stahl das Mitbestimmungsrecht vorhanden ist. Es wurde ohnehin durch das neue Holdinggesetz bereits ausgehöhlt. Notwendig wäre auch, in allen Zwischeninstanzen, so in den Ländern, ähnliche paritätisch besetzte Mitbestimmungsorgane zu schaffen.

Diese Voraussetzungen müssen erfüllt sein, wenn ein Bundeswirtschaftsrat Bedeutung haben soll. In jedem anderen Falle wäre er nur eine Fassade. Ein Bundeswirtschaftsrat, wie wir ihn uns vorstellen, ist nur möglich im Rahmen einer umfassenden Neuordnung der Wirtschaft. (Beifall.)

Man mag seine Zweifel haben, ob die bisherigen Ergebnisse der Mitbestimmung an den Erwartungen entsprachen. Man mag an der Tätigkeit der Arbeitsdirektoren und an dem Wirken der Gewerkschafter in den Aufsichtsräten noch so heftige Kritik üben — es kann aber doch gar kein Zweifel darüber bestehen, daß es sich hier dennoch um einen Fortschritt handelt. Unvermeidliche persönliche Schwächen und das Versagen einzelner können nicht bestritten werden. Die Hauptursache für vorhandene Schwierigkeiten ist jedoch der Umstand, daß die Mitbestimmung ihre ersten Gehversuche macht in einer Zeit der wirtschaftlichen und politischen Restauration. Das ist die große Schwierigkeit und nicht jene „Theorie“, nach der der Arbeitsdirektor völlig ins Unternehmerlager gehört.

Der Arbeitsdirektor, getragen vom Vertrauen der Gewerkschafter und mit ihrer besonderen Zustimmung in die Vorstandsfunktion berufen, hat in erster Linie die Aufgabe, als Vorstandsmitglied eines Unternehmens die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Das ist nicht immer leicht, weil er oft im Vorstand auf andere Interessen stößt. Deshalb sind nur die besten Gewerkschafter und fähigsten Köpfe dieser Aufgabe gewachsen.

Und nun, Kolleginnen und Kollegen, die Gewerkschaften sind aus ihrer Erstarrung erwacht und haben den Stillstand überwunden. Die ersten Erfolge in dem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit waren das Ergebnis. Die Tatsache, daß dieser Erfolg durch Tarifverträge erzielt wurde, muß das Vertrauen der Millionen Gewerkschafter in ihre eigene Kraft stärken. So wird auch der Irrglaube zerstört, daß sozialer Fortschritt, Freiheit und Menschenwürde allein von dem Gesetzgeber abhängen. Der Gesetzgeber muß natürlich auch aktiv werden. Das kommt ihm besonders für den Bereich des öffentlichen Dienstes zu. Denn die Beamten des Bundes, der Länder und Gemeinden haben dasselbe

Anrecht auf Verringerung der Arbeitszeit wie die Angestellten und Arbeiter der Wirtschaft.

Der Gesetzgeber hat auch die Verpflichtung, an jene Menschen zu denken, die nach einem langen und mühseligen Arbeitsleben oder durch Krankheit und Invaldität aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden sind. Schon in Hannover haben wir die Forderung erhoben nach einem „Alter ohne Not“. Inzwischen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund sehr präzise Vorstellungen über den Weg dazu aufgezzeigt. Insbesondere war es das Werk des von uns allen so sehr geschätzten Kollegen Willi Richter.

Aktuelle soziale Forderungen

Zwei sehr wichtige Forderungen des Aktionsprogrammes, die in der nächsten Zeit im Vordergrund unserer Aktivität stehen sollen, sind die Urlaubsfrage und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für Arbeiter. (Beifall.) Es ist ein menschenunwürdiger Zustand, daß ein Arbeiter, wenn er krank wird, zunächst drei Tage lang überhaupt kein Geld bekommt, und man ihm nach dieser Zeit ein Krankengeld ausbezahlt, das nur einen kleinen Teil seines bisherigen Lohnes ausmacht. Bei längerer Zeit fällt er als sogenannter „Ausgesteuerter“ der Fürsorge zur Last. Solche Zustände sind unerträglich. (Zuruf: Jawohl!) Sie müssen geändert werden. Es wird höchste Zeit, daß die Mehrheit des Bundestages endlich aktiv wird und entsprechende Gesetze verabschiedet werden. (Starker Beifall.) Sie müssen vor allen anderen den Vorrang haben. — Bei dem Wehrpflichtgesetz hatte man es eiliger. (Gelächter.)

Ebenso erscheint es uns dringend notwendig, in der Urlaubsfrage endlich einen großen Schritt nach vorn zu tun. Zwölf Tage Urlaub dürften heute für die große Masse der Arbeiter und Angestellten üblich sein. Lohn oder Gehalt werden weitergezahlt. Das wäre vor 50 Jahren noch ein beachtlicher Fortschritt gewesen. Wenn aber heute der arbeitende Mensch die Möglichkeit haben soll, einen Urlaub fern des Wohn- und Arbeitsplatzes mit seiner Familie zu verbringen, dann ist ein vierwöchiger Urlaub mit einem zusätzlichen Urlaubsgeld Voraussetzung. (Lebhafter Beifall.) Dieses Urlaubsgeld muß so hoch bemessen sein, daß eine tatsächliche Erholung möglich ist und daß der Arbeitnehmer ausgeruht und mit frischen Kräften wieder an die Arbeit gehen kann.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende! Ich komme nun zum Schluß. Die Idee der Freiheit und Menschenwürde als Zielsetzung unserer gewerkschaftlichen Arbeit hat uns eine Fülle von Aufgaben und Forderungen aufgezeigt. Umwälzungen auf dem Gebiete der Technik und in der Weltpolitik vollziehen sich vor unseren Augen. Diese Probleme sind mit den gewerkschaftlichen Aufgaben eng verflochten.

Wir sind uns darüber klar geworden, daß wir nicht nach neuen Zielsetzungen zu suchen brauchen. Die gewerkschaftlichen Grundsatzforderungen umreißen die Ziele, und das Aktionsprogramm zeigt den Weg dahin.

Im Vordergrund steht die Herabsetzung der Arbeitszeit. Damit gewinnt das Freizeitproblem erheblich an Bedeutung.

Wir haben gewiß keine Sorge, daß die 5-Tage-Woche und später die 4-Tage-Woche den Arbeitnehmern zu viel Freizeit bringen könnte und sie nichts damit anzufangen wüßten. (Beifall.) Diese Sorge ist in manchen Kreisen vorhanden. Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, der gestrige Abend und auch unsere Veranstaltung am Montag hier waren Beweis dafür, daß die Gewerkschaften seit eh und je die eigentliche kulturtragende Kraft in unserem Volke sind. (Rufe: Sehr richtig! Anhaltender starker Beifall.) Man sollte sich hüten, etwa im Stile der Nazi-Freizeitgestaltung die Freizeit der Arbeitnehmer schon vorweg zu verplanen. Wir sehen in einem solchen Beginnen einen direkten Angriff auf die individuelle Freiheit des Menschen.

Die „Halbstarke“

Wir bedauern sehr, daß man schon wieder versucht, das Freizeitproblem mit den sogenannten „Halbstarke-Krawallen“ der letzten Wochen und Monate in Verbindung zu bringen. Wir sehen auch, daß politisch fragwürdige Elemente diese Krawalle propagandistisch auszunutzen versuchen, um die Notwendigkeit der militärischen Erziehung zu beweisen. (Rufe: Sehr richtig, anhaltender starker Beifall.)

Kolleginnen und Kollegen, die heutige Jugend gibt, wie jede andere Generation, ihr Bestes, obwohl sie es schwerer gehabt hat als jede Jugend vor ihr, obwohl die politischen, wirtschaftlichen und nationalen Verhältnisse verworrener waren als je. Natürlich hat auch sie ihre Generationsprobleme und Übergangsschwierigkeiten.

Worauf es ankommt, ist, ihr zu helfen und nicht sich moralisch aufzuplustern. (Bravo-Rufe. Beifall.) Wie soll die arbeitende Frau, die ihren Mann im Krieg oder durch die Kriegsfolgen verloren hat und gezwungen ist, den ganzen Tag im Betrieb für ihre Familie zu sorgen, sich um die Erziehung ihrer Kinder so kümmern können, wie es notwendig wäre? (Sehr richtig.) Außerdem fehlt es an Lehrern. Die Schulklassen sind immer noch überfüllt. Nach wie vor mangelt es an all den Stätten und Einrichtungen, in denen die Jugend sich wohlfühlen kann. (Sehr richtig.)

Wichtiger als Zucht und Polizei ist das Beispiel der älteren Generation. (Starker Beifall.) Nichts kann die Jugend der heutigen Zeit mehr bedrohen und gefährden als das Verhalten der Neureichen. Schlechte Beispiele verderben bekanntlich gute Sitten. (Sehr richtig.)

Mir scheint in diesem Zusammenhang die Stimme der angesehenen Zeitschrift „Der Volkswirt“ erwähnenswert:

„Man will nicht wahrhaben, daß diese Jugend nur ein Spiegelbild der Erwachsenen ist. (Sehr gut.) Wenn ein Teil der Jugend mit seiner Freizeit nichts Besseres anzufangen weiß, als Unfug zu treiben, dann spiegelt sich darin die Ratlosigkeit der Erwachsenen. (Sehr richtig.) Man wundert sich über die politische Interesslosigkeit der Jugend und vergißt zu leicht, daß es die Erwachsenen waren, die dieser Jugend mit Wendungen wie ‚Laß bloß die Finger davon‘, ‚Kämmere

dich nicht darum‘, die Interesslosigkeit eingewirft haben. Man bemängelt den Gemeinschaftssinn der Jugend und übersieht dabei, daß die Erwachsenen ihn selbst verloren haben.“ (Beifall.)

Mir scheint, daß mit diesen Worten auch uns selbst ein Spiegelbild gegeben ist. Wir, die Gewerkschaften und die IG Metall, tun unser Mögliches, um der Jugend durch Errichtung von Jugenderholungsheimen, durch Zusammenfassung in Jugendgruppen, durch Ausbau unserer Bildungsstätten zu helfen, freie und verantwortungs- und selbstbewußte Menschen zu werden. Das ist unser inneres Anliegen, und ich möchte das hier noch einmal ausgesprochen haben.

Freiheit und Menschenwürde verwirklichen

Es kommt darauf an, daß der Mensch im eigensten und persönlichen Bereich sein Leben zu gestalten versteht und daß er auch im öffentlichen Bereich, in Gewerkschaft, Genossenschaft und Parteien, seine Kräfte, sein Selbstbewußtsein und seine Persönlichkeit frei entwickelt.

Die Gewerkschaften arbeiten von jeher an dieser Bildung des einzelnen zu einem von Freiheitsdrang erfüllten Menschen. Sie tun es nicht nur und nicht so sehr durch ihre Bildungsarbeit. Sie tun es vielmehr durch ihre gewerkschaftliche Alltagsarbeit und ihren gewerkschaftlichen Kampf. Denn echte Bildung des Menschen zur Persönlichkeit beruht nicht allein auf Ausbildung, Schulung oder Studium. Sie ist vor allen Dingen eine Angelegenheit der geistigen und solidarischen Haltung, der Entschlußkraft und des Willens. (Beifall.)

Und so ist auch die Frage der Verwirklichung der Ideen von Freiheit und Menschenwürde in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur eine Frage des Willens und der Macht, die wir aufbringen und einsetzen für diese Ziele. Auf die Stärkung des Selbstbewußtseins, der Stoßkraft und der Aktivität der Gewerkschaften und der Entschlußkraft ihrer Mitglieder, Vertrauensleute und Führungsgremien kommt es an. So werden wir unsere Ziele nicht nur als Feiertagslosung im Munde führen, sondern auch verwirklichen.

Jeder einzelne, der mithilft, die Grundsatzforderungen und das Aktionsprogramm durchzusetzen, ist auf dem Wege, für alle und auch für sich selbst Freiheit und Menschenwürde zu erringen.

Die Arbeitnehmer haben, seit es Gewerkschaften gibt, durch ihre gemeinschaftliche Handeln den Bereich von Freiheit und Menschenwürde in der Gesellschaft Tag für Tag erweitert. Jedes Ringen um ein Stück Freiheit, um Lohn, Gehalt und Arbeitszeit, um Akkordsätze, um arbeitsrechtliche Ansprüche, um die Sozialversicherung ist ein Teil dieses Kampfes.

Darum ist auch die Mitarbeit jedes einzelnen an diesen Aufgaben — auch der kleinste Beweis gewerkschaftlicher Solidarität — ein Stück lebendiger Freiheit und verwirklichter Menschenwürde. Die alltägliche Gewerkschaftsarbeit ist nüchtern. Was im grauen Alltag an

Leistungen von unseren Vertrauensleuten, Betriebsräten, unseren Kolleginnen und Kollegen und besonders in den kleinen Verwaltungsstellen vollbracht wird, wird leider nicht immer genügend gewürdigt. Ohne diese Kleinarbeit würde aber so mancher Schutz- und hilflos sein. Das Gefühl des Füreinander-Einstehens, der Zusammengehörigkeit muß uns alle in unserem täglichen Wirken beherrschen.

Mehr denn je bedürfen die Gewerkschaften, die gesamte Arbeitnehmerschaft einer gemeinsamen Kraft; denn keine Gewerkschaft wird allein diese Probleme lösen können. Innerhalb unserer Gewerkschaften und innerhalb des DGB bedürfen wir eines Höchstmaßes von Demokratie, von Entfaltungsmöglichkeit, von Initiative aller Instanzen und Organe.

Unsere IG Metall wird im DGB wie immer, so auch heute und in der Zukunft mit Nachdruck und aller Konsequenz für einen starken Bund als Ausdruck der gemeinsamen Kraft und der gemeinsamen Führung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten wirken. (Beifall.)

Eine starke, einheitliche, zielbewußte und von hohen Idealen gefragte Gewerkschaftsbewegung, die sich mit den Bruderorganisationen der freien Welt entschlossen um den Fortschritt, der Menschheit müht, dient dem Frieden. (Beifall.)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Freiheit und Menschenwürde waren die Leitgedanken meiner Ausführungen. Freiheit und Menschenwürde sind das Ziel unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Freiheit von Ausbeutung und Freiheit von Not! Für alle und überall, Freiheit als Staatsbürger und im Arbeitsleben! Erst in dieser Freiheit kann sich der Mensch seiner Bestimmung gemäß entwickeln und erst dann seine Fesseln beseitigen.

Die edlen Geister haben seit Jahrtausenden von hohen Idealen geträumt. Unsere Aufgabe ist es, die Wirklichkeit zu gestalten. Dazu sind wir aufgerufen, und dazu leisten wir im letzten Grunde unsere gewerkschaftliche Arbeit.

Durch die Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen, durch die Verbesserung des Loses der Arbeitnehmer, die ein gemeinsames Schicksal zusammenketten, müssen die Grundlagen der menschlichen Gemeinschaft umgestaltet werden.

Im Glauben an unsere Kraft,
in der Gewißheit unserer gerechten Sache,
im Bewußtsein, in unseren Gewerkschaften das wirksame Mittel
zu haben, gehen wir an unsere Arbeit!

Unfreiheit und Tyrannei werden wir überwinden!
Freiheit und Menschenwürde werden siegen!

(Stürmischer, Minuten-anhaltender Beifall.)

EntschlieBungen

des 4. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland

EntschlieBung I

Staatliche Zwangsschlichtung

Bestimmte Kreise des Unternehmertums, vor allem der Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände, bemühen sich unter fadenscheinigen Vorwänden, den sozialen Fortschritt zu verhindern. Mit der Behauptung, Verbesserung der Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen könnte nur im Rahmen von Steigerungen der „gesamtwirtschaftlichen Produktivität“ vorgenommen werden, verlangen sie die Errichtung von verbindlichen Schlichtungsstellen und drohen, eventuell den Staat zu Hilfe zu rufen, um die „widerspenstigen“ Gewerkschaften zur Raison zu bringen.

Die in der IG Metall vereinigten Arbeitnehmer werden jeden Angriff auf die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte der Demokratie auf das schärfste zurückweisen. Die Reglementierung des sozialen Fortschritts durch Einführung der staatlichen Zwangsschlichtung würde das demokratische Gefüge der Bundesrepublik zerstören und soziale Spannungen größten Ausmaßes zur Folge haben. Zur Abwehr dieser Gefahren werden die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften alle Mittel anwenden.

Die Erhaltung der in dem Gesetz verankerten Tarif- und Streikfreiheit ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine freiheitliche soziale Demokratie.

EntschlieBung II

Vom Programm zur Aktion

Seit dem 3. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover und dem 3. DGB-Kongreß 1954 in Frankfurt hat das auch von der IG Metall stärkstens befürwortete gewerkschaftliche Aktionsprogramm feste Gestalt angenommen. Es wird mehr und mehr zur Grundlage und Richtschnur des Strebens und Handelns aller in DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften. Die Forderungen des Aktionsprogramms haben nicht nur die lebhafteste Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer hervorgerufen, sondern darüber hinaus auch in weitesten Kreisen der Öffentlichkeit.

Wiedervereinigung

Das gilt insbesondere für die Bestrebungen zur Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. Aber auch die anderen Nahziele des Aktionsprogramms fanden ein wachsendes Echo. Die Forderungen der Gewerkschaften zur Sozialpolitik stehen im Bundestag zur Debatte. Sie haben ebenso wie die 40-Stunden-Woche die Zustimmung und Unterstützung vieler Vertreter der Wissenschaft und des kulturellen Lebens erhalten. Sie werden in ihrer fortschrittlichen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung anerkannt.

Es hat sich weiter eindeutig gezeigt, daß die Forderungen und Ziele des Aktionsprogramms in vollem Umfange das gemeinsame Streben aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Unterschied der Konfession und der politischen Auffassungen ausdrücken. Die wachsende Aktivität der Gewerkschaften zur Verwirklichung dieser Forderungen und Ziele war deshalb auch ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung und Festigung der gewerkschaftlichen Einheit. Die Arbeitnehmer wollen weder ideologischen Streit noch parteipolitische oder konfessionelle Auseinandersetzungen in ihren Gewerkschaften. Sie wollen gemeinsames und offensives Handeln zur Durchsetzung der Forderungen des Aktionsprogrammes, um besser, sicherer, glücklicher leben zu können.

Das Ringen um die Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der 40-Stunden-Woche ist nicht zuletzt durch das Bremer Abkommen vom 13. Juni 1956 in ein neues Stadium getreten. Auch andere Gewerkschaften haben beachtliche Erfolge erzielt. In weiteren Wirtschaftszweigen verbessern sich die Aussichten zu einer Verkürzung der Arbeitszeit.

Der Gewerkschaftstag der IG Metall in Dortmund erblickt in der Fortsetzung des Kampfes um die 40-Stunden-Woche eine vordringliche Aufgabe. In ihrer Lösung darf es keinen Stillstand geben, denn von der Verwirklichung dieses weitgehend gesellschaftsformenden Zieles hängt entscheidend auch die Durchsetzung der anderen Forderungen des Aktionsprogramms ab.

Der Gewerkschaftstag bekennt sich somit noch einmal mit allem Nachdruck zu dem Aktionsprogramm des DGB als der gemeinsamen Grundlage gewerkschaftlicher Aktivität und Solidarität.

Große, neue und schwierige Probleme kommen auf uns zu: Die Automatisierung und die friedliche Verwendung der Atomenergie, Sie bedeuten für die moderne industrielle Gesellschaft, insbesondere aber für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, große Gefahren, aber auch große Chancen. Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik werden diese Fragen um so eher und um so mehr im Interesse der Arbeitnehmer, des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts, in Frieden und Freiheit lösen, wenn das gewerkschaftliche Aktionsprogramm verwirklicht wird. In der Gegenwart fallen so auch weittragende Entscheidungen für die Zukunft.

Noch mehr als in der zurückliegenden Zeit müssen wir unsere ganze Arbeit unter die zwingende Verpflichtung stellen, mit allen Mitteln — entschlossener denn je — für die Durchsetzung des Aktionsprogramms einzutreten.

Der Gewerkschaftstag der IG Metall in der Bundesrepublik Deutschland appelliert an die vier Signatarmächte des Potsdamer Abkommens vom Jahre 1945, endlich ihrer ausdrücklich übernommenen gemeinsamen Verpflichtung gemäß, die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit wieder herzustellen. Jede Verzögerung der Wiedervereinigung erhöht die Spannungen in der Welt und gefährdet den Frieden.

Die ausdrücklich übernommene Verpflichtung der vier Großmächte enthält uns jedoch keineswegs von der eigenen Verantwortung und Initiative. Das gilt auch für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Von ihrer Kraft und Aktivität wird die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme in beiden Teilen Deutschlands und damit auch die freiheitliche, demokratische und soziale Grundordnung eines wiedervereinigten Deutschlands wesentlich abhängen.

Aus dem Bekenntnis der Gewerkschaften zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ergeben sich folgende Aufgaben:

1. Entschiedenes Eintreten für eine fortschrittliche soziale und arbeitsrechtliche Gesetzgebung in der Bundesrepublik.
2. Entschiedener Kampf gegen alle rechtsradikalen und restaurativen Tendenzen und Kräfte in der Bundesrepublik.
3. Kampf für die Freizügigkeit und freie Wahl des Arbeitsplatzes in allen Teilen Deutschlands.
4. Intensive und gründliche Beobachtung und laufende Untersuchung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der SBZ.
5. Mehr als bisher muß in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und in der Gewerkschaftspresse den Problemen der Wiedervereinigung Rechnung getragen sowie die Entwicklung in der SBZ behandelt werden. Dabei ist den Problemen und der Lage der Jugend in der SBZ besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
6. Um den Bestrebungen der Sowjets und ihrer Satelliten entgegenzutreten, junge Menschen durch Einzel- und Gruppenreisen in Gebieten des Ostblocks von den „Errungenschaften“ unter dem Sowjetsystem zu überzeugen und dadurch der Demokratie zu entfremden, sollen in Zusammenarbeit mit dem IBFG und den ihm angehörenden Organisationen sorgfältig vorbereitete Auslandsreisen durchgeführt werden. Sie sollen in Länder führen, in denen vor allem jungen Menschen nachhaltige Erlebnisse über Rolle, Wirksamkeit und Erfolge der demokratischen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Mitwirkung im demokratischen Staatswesen vermittelt werden.
7. Mehr als bisher sind die Möglichkeiten zu prüfen, wie die Beziehungen zu den Menschen der SBZ enger gestaltet werden können.

Vordringlich ist es, jugendliche Flüchtlinge in den Gewerkschaften der Bundesrepublik zu betreuen und ihnen behilflich zu sein.

Die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit hängt auch davon ab, in welchem Maße es den Gewerkschaften in der Bundesrepublik gelingt, das Vertrauen der Arbeitnehmer in der SBZ zu gewinnen und zu erhalten.

Entschießung IV

FDGB und Ost-West-Kontakte

Die Delegierten des 4. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall in Dortmund bekräftigen erneut den Beschluß des Frankfurter DGB-Kongresses im Jahre 1954 (Antrag 147), der die enge Verbundenheit des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit den in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands lebenden Arbeitern und Angestellten zum Ausdruck brachte.

Der 17. Juni 1953 war ein Zeichen, daß die Menschen in der Ostzone bereit sind, sogar ihr Leben einzusetzen, um das dort herrschende Diktatorssystem abzuschütteln. Trotz aller Manöver und Verschleierungstaktik hat sich seitdem am System der Diktatur in der sowjetischen Zone Deutschlands nichts geändert. Nach wie vor herrschen dort Ulbricht, Pleck und Grotewohl, nach wie vor übt die SED und der FDGB einen terroristischen Druck gegen alle freiheitlichen Kräfte und gegen die Arbeitnehmer aus.

Stalin mag in Sowjetrußland tot sein, aber der Stalinismus lebt noch immer in der Ostzone.

Mit Feinden der Demokratie kann es keinerlei Gemeinsamkeit geben. Deshalb fordern die Delegierten des Gewerkschaftstages der IG Metall die gesamte Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik auf, alles zu vermeiden, was das Diktatorregime in der Ostzone stärken könnte, insbesondere sich auch an keinerlei von SED, dem FDGB und der KP und ihren Tarnorganisationen organisierten Reisen und Delegationen zu beteiligen.

Der FDGB ist keine freie und unabhängige Gewerkschaftsorganisation. Ihr Charakter entspricht eher der DAF und den franco-spanischen Zwangsverbänden. Solange nicht das uneingeschränkte Koalitions- und Streikrecht sichergestellt ist, solange nicht freie und geheime Wahlen im FDGB durchgeführt werden, solange nicht freie Betriebsräte die Interessen der Belegschaften vertreten können, solange der FDGB als Werkzeug der SED und des Staates operiert, solange die Arbeitnehmerinteressen mit Füßen tritt und die Arbeiter zu immer höheren Normen antreibt, kann es mit ihm und seinen Beauftragten keinerlei Gespräche und Verhandlungen geben.

Der Eisernen Vorhang ist nicht von uns, sondern von den östlichen Machthabern errichtet worden. Wir wünschen nichts sehnlicher, als den Tag so schnell wie möglich zu erleben, an dem die Menschen der Bundesrepublik und der Ostzone in Frieden und Freiheit wieder vereinigt sind.

Entschießung V

Kampf dem Neo-Nazismus

Die freiheitliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik wird in wachsendem Maße bedroht durch die Aktivität und die provozierenden Verstöße neonazistischer Gruppen- und Organisationen; durch das Anwachsen neonazistischer Hetz- und Verleumdungsliteratur; durch die Infiltration von Behörden, Regierungen, Parteien, Wirtschaft und kulturelle Institutionen durch unverbesserliche Nationalsozialisten.

Der Gewerkschaftstag der IG Metall in Dortmund begrüßt die wachsende Aufmerksamkeit und den Abwehrwillen von Presse, Rundfunk und anderen Institutionen der öffentlichen Meinungsbildung.

Er appelliert an alle bewußten Demokraten, in der Wachsamkeit nicht nachzulassen.

Die IG Metall bedauert die Nachgiebigkeit mancher Staatsorgane und von Teilen der Justiz gegenüber den rechtsradikalen Bestrebungen; den provozierenderen Ansprüchen ehemaliger prominenter Nazis und Würdenträger und Nutznießer des Hitlerstaates. Sie verlangt mit Nachdruck, auch von dieser Seite, energische Maßnahmen zum Schutze der Demokratie.

Die IG Metall erblickt in dem Bekenntnis zum parlamentarischen, demokratischen und sozialen Staat und einem diesem Bekenntnis entsprechenden aktiven und offensivem Handeln auch der Gewerkschaften den erfolgreichen Weg zur Sicherung und Festigung der Demokratie. Sie lehnt deshalb auch jedes Zusammengehen, jede „Aktionsgemeinschaft“ und „Volksfront“ mit totalitären Kräften ab.

Der Gewerkschaftstag der IG Metall begrüßt die Initiative der 3. Jugendkonferenz in Nürnberg und macht sich deren Vorschläge in vollem Maße zu eigen. Im einzelnen:

1. Der Gewerkschaftstag unterstützt den Antrag des Vorstandes der IG Metall an den 4. Ordentlichen DGB-Kongreß, der den Bundesvorstand beauftragt, an die Fraktionen des Bundestages heranzutreten und mit ihnen Vorschläge und Maßnahmen zu erörtern, die geeignet erscheinen, wirksamer und nachhaltiger als bisher den neofaschistischen Gefahren entgegenzutreten.

Bei den Verhandlungen sollten unter anderem folgende Gesichtspunkte beachtet werden:

- Die lückenlose Beachtung der bestehenden Gesetzgebung (Artikel 18 GG und die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches sowie der 131er-Gesetzgebung). Durch die Befolgung dieser gesetzlichen Bestimmungen soll antidemokratischen Kräften wesentlich wirksamer als bisher das Handwerk gelegt werden.
- Die Verabschiedung neuer Gesetze, um den Mißständen, die sich auf Grund verschiedener Lücken der bestehenden Gesetzgebung

ergeben haben, zu steuern. Es kann nicht länger geduldet werden, daß Millionen Entschädigungsgelder an ehemalige Nationalsozialisten gezahlt werden, bevor nicht der letzte Entschädigungsanspruch eines der unglücklichen Opfer dieser Menschen befriedigt worden ist. Ebenso sind die Grenzen demokratischer Toleranz dort überschritten, wo Pensionsempfänger des Staates antidemokratische Organisationen aufziehen bzw. sich in ihnen betätigen und in Wort und Schrift Meinungen äußern, die sich direkt oder indirekt gegen den Bestand dieses Staates richten.

c) Die Schaffung eines unabhängigen Gremiums von demokratisch zuverlässigen Persönlichkeiten nach dem Vorbild des Personalgutachterausschusses. Dieses Gremium sollte die Aufgabe haben — entsprechend den bereits in Presse und Rundfunk erörterten Vorschlägen —, das Bundesverfassungsgericht zu beraten, um Literatur, die zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung aufruft, oder — wie im Fall Schlüter — eindeutig neonazistischen Charakter trägt, zu verbieten. Dabei wäre es zweckmäßig, die auf Grund des „Falles Schlüter“ nach Vorlage des Berichtes des Untersuchungsausschusses einstimmig durch den Niedersächsischen Landtag gebilligte Definition des Begriffes „neonazistisch“ zu übernehmen. Diese Definition dürfte die Grenzen scharf umreißen, einen Mißbrauch und eine willkürliche Auslegung weitgehend verhindern.

2. Der Bundesvorstand hat über das Ergebnis der Verhandlungen dem Bundesausschuß zu berichten, der die sich daraus ergebenden Konsequenzen und Maßnahmen beschließen wird.

Entschließung VI

Wehrpflicht — Wehrdienstverweigerung

Die Delegierten des 4. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland bekennen sich zum Recht der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

Gewissensgründe sind nicht nur aus religiösen und ethischen, sondern auch aus politischen Gründen abzuleiten.

Die Delegierten des 4. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall lehnen Diffamierungen der Wehrdienstverweigerer ab. Die ideelle Unterstützung der Wehrdienstverweigerung ist für sie selbstverständlich.

Entschließung VII

Für internationale Entspannung

Der 4. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall begrüßt alle Maßnahmen und Bestrebungen, die zu einer weiteren anhaltenden Entspannung zwischen „Ost und West“ führen können.

Als entscheidende Mittel zu einer weiteren Entwicklung in Frieden, Wohlstand und sozialer Sicherheit hält die IG Metall für erforderlich:

1. eine wirksame und umfassende Abrüstung unter Kontrolle der Vereinten Nationen.
2. eine entschlossene Demokratisierung in den Staaten des Ostblocks einschließlich Jugoslawiens. Dazu gehören: Abbau der Einpartei-diktaturen, Zulassung freier, demokratisch aufgebauter, von Staat und Parteien unabhängigen Gewerkschaften, allgemeine geheime und freie Wahlen, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, freie Meinungsbildung.
3. Eindeutige Distanzierung von allen übrigen diktatorischen Methoden und autoritärem Regime, wie z. B. in Spanien.
4. Die Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts der Völker. Entschlossene Ablehnung des traditionellen Kolonialismus und des neuen sowjetischen Imperialismus.
5. Die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands in Frieden und Freiheit auf der Grundlage freier, allgemeiner und geheimer Wahlen.

Entschließung VIII

Militärische Abrüstung — Soziale Aufrüstung

Wettrüsten und Krieg sind keine Lösung der Probleme unserer Zeit. Trotzdem werden Milliarden für Rüstungszwecke ausgegeben. Würde dieses Geld für Verbesserungen der Lebensverhältnisse aufgewandt, so könnten unzählige Millionen von Menschen besser, freier und glücklicher leben. Das immer wieder betonte Ziel der freien und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung ist deshalb ein Höchstmaß von kontrollierter militärischer Abrüstung, verbunden mit den gemeinsamen Bemühungen, Not, Elend, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rückständigkeit in der Welt zu lindern und zu beseitigen. Der Gewerkschaftstag der IG Metall erklärt sich mit diesem Ziel solidarisch und ist bestrebt, dafür alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen.

In Deutschland sind Frieden, Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit nicht zuletzt abhängig von der durch die vier Großmächte ausdrücklich zugesicherten Wiedervereinigung. Die Entstehung von Armeen mit zwangsläufig drohendem Wettrüsten im geteilten Deutschland hat die auch von den Gewerkschaften in der Bundesrepublik immer wieder geforderte und angestrebte Wiedervereinigung erschwert.

In der sowjetischen Besatzungszone haben die von den Sowjets eingesetzten und gestützten Machthaber mit der Bildung der „Nationalen Volksarmee“ nicht nur ihre „Friedensoffensive“ Lügen gestraft, sondern auch mit der Unterordnung der Wirtschaft unter die Belange der Rüstung im Ostblock, die Ausbeutung der Arbeitnehmer gesteigert und ihren Lebensstandard verschlechtert.

In der Bundesrepublik haben der Bundestag und die Bundesregierung über die Warnungen und Willenskundgebungen auch der Gewerkschaften hinweg die Errichtung einer „Bundeswehr“ auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen.

Die IG Metall bedauert diese Entwicklung. Sie lehnt die Wiederaufrüstung nach wie vor ab. Unter den gegebenen Verhältnissen erwachsen ihr aber folgende dringende Aufgaben:

1. Entschiedene Abwehr aller Versuche reaktionärer und nationalistischer Elemente, die Wiederbewaffnung für politische und militärische Ziele auszunutzen.
2. Verhinderung der Entstehung eines Staates im Staate — ähnlich wie in den Tagen der Weimarer Republik — durch wirksame demokratische und parlamentarische Kontrolle der Bundeswehr.
3. Abwehr aller Bestrebungen, die eine vormilitärische Erziehung der Jugend zum Ziele haben.
4. Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte. Soziale Konsolidierung der Bundesrepublik. Dazu gehören vordringlich verstärkter sozialer Wohnungsbau und die Verwirklichung der Sozialreform.

Nur durch die soziale Aufrüstung kann das gemeinsame Ziel der Menschheit, einen dauernden Frieden zu erreichen, verwirklicht werden.

Dann wird die IG Metall die Kräfte unterstützen, die willens und fähig sind, mit demokratischen Mitteln die Wiederbewaffnung wieder rückgängig zu machen.

Entschließung IX Bundestagswahl 1957

Im Jahre 1957 wird ein neuer Bundestag gewählt. Die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik hatten während der jetzt noch laufenden Legislaturperiode des Parlaments ausreichende Gelegenheit, die Einstellung und das Verhalten der von ihnen gewählten Abgeordneten zu beurteilen. Sie haben dadurch feststellen können, wie die Mitglieder des Bundestages die Interessen der Arbeitnehmerschaft wahrgenommen haben.

Die Delegierten des 4. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall fordern daher die Arbeitnehmer der Bundesrepublik auf, ihre Stimmen — ohne Rücksicht auf Parteilugehörigkeit — nur Kandidaten zu geben, die in der Vergangenheit bewiesen haben oder von denen zu erwarten ist, daß sie für die Arbeitnehmerinteressen eintreten.

Entschließung X Sozialpolitik und Sozialversicherung

Der 4. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland stellt mit Enttäuschung fest, daß die dringenden, berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen nach einer umfassenden „So-

zialreform“ von Bundesregierung und Bundestag nicht beachtet wurden. Die nach langer Verzögerung geplante Neuordnung einzelner Teilgebiete der Sozialversicherung ist völlig ungenügend. Von einem sozialen Rechtsstaat muß gefordert werden, daß er die Arbeitnehmer und ihre Familien in ausreichender Weise gegen die Wechselfälle des Lebens schützt, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter dürfen keine Verminderung des Lebensstandards herbeiführen.

Zum Schutze der Arbeitnehmer und ihrer Gesundheit, wie auch zur Vermeidung von Arbeitsunfällen und zur Verminderung der Frühinvalidität, fordern die Delegierten des 4. Ordentlichen Gewerkschaftstages im Auftrage der Arbeitnehmer in der Metallindustrie zeitgemäße erhebliche Verbesserungen der Gesetzgebung und ihrer Handhabung in Fragen des Arbeitsschutzes auf allen Gebieten, stärkere Überwachung durch die Behörden und Bereitstellung der Mittel hierzu. Besondere Aufmerksamkeit ist dem Strahlenschutz zuzuwenden. Zur frühzeitigen Feststellung und rechtzeitigen Abwehr von Berufskrankheiten muß eine ausreichende Unterweisung der Medizinstudenten auf den Universitäten vorgenommen werden, die durch die Erklärung der Arbeitsmedizin zum Prüfungsfach sicherzustellen ist.

Entschließung XI Atom- und Wasserstoffbomben-Versuche

Der 4. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall schließt sich den immer zahlreicheren Protesten in aller Welt gegen die Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben an. Gemeinsam mit dem IBCG sollten auch die Gewerkschaften in der Bundesrepublik ihren ganzen Einfluß geltend machen, die sofortige Einstellung dieser Experimente zu erreichen.

Nach Meinung maßgeblicher Wissenschaftler gefährden die Experimente die Gesundheit und die Lebensgrundlage der Menschen. Das Atomwettertrüsten versetzt die Menschheit in Angst und Schrecken.

Die Vereinigten Nationen, die verantwortlichen Staatsmänner der Welt, alle demokratischen Organisationen fordern wir auf, dieser bedrohlichen Entwicklung ein Ende zu setzen.

Entschließung XII Miteigentum und Privatisierung

Der 4. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall fordert nachdrücklich eine gerechtere Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Sozialprodukt. Bisher ist sie nicht entfernt ausreichend daran beteiligt worden. Auf dem Wege über die sogenannte „Selbstfinanzierung“ — das heißt, über hohe Preise, niedrige Löhne und Gehälter — sind gewaltige Vermögen angesammelt worden. Diese Vermögensbildung erfolgte auf Kosten des Konsumverzichtes der gesamten Bevölkerung. Die Arbeitnehmerschaft hat daran keinerlei Anteil gehabt.

Daher fordert der 4. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall erneut eine Neuordnung der Wirtschaft entsprechend den Grundsätzen des Münchener DGB-Kongresses von 1949.

Die Frage des Miteigentums der Arbeitnehmer an den Produktionsmitteln ist ein gesellschaftspolitisches Problem und nicht eine Frage des Sparwillens und des Kaufs von Aktien einzelner Arbeitnehmer. Trotz dieser Erkenntnis ist die IG Metall bereit, alle Vorschläge und Pläne, die geeignet sind, einen Einbruch in das Monopol der Besitzer an den Produktionsmitteln herbeizuführen, sorgfältig zu prüfen und gegebenenfalls zu unterstützen. Es muß jedoch davor gewarnt werden, Illusionen zu erwecken.

Der Gewerkschaftstag beauftragt den Vorstand, im DGB für eine sorgfältige Diskussion und Klärung der Probleme einzutreten und daran mitzuarbeiten.

Der Gewerkschaftstag protestiert auch gegen die Absicht der Bundesregierung, die rentablen Bundesbetriebe unter irreführenden Vorwänden wieder privaten kapitalkräftigen Kreisen auszuliefern. Wir werden uns der Privatisierung der Betriebe der öffentlichen Hand mit aller Entschiedenheit widersetzen.

Entschließung XIII

Mitbestimmung

Der 4. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall bekennt sich erneut zu der Grundsatzforderung der Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Er bringt mit Entschiedenheit zum Ausdruck, daß die gesetzlich verankerte Mitbestimmung in den Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie von den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften mit aller Zähigkeit verteidigt wird. Versuche, die Mitbestimmung in den Holding-Gesellschaften und über diese in den abhängigen Gesellschaften auszuhöheln, werden auf unseren schärfsten Widerstand stoßen.

Durch Ausbau der Mitbestimmung in den Betrieben, Unternehmen und über diese hinaus in der Wirtschaft müssen der Einfluß der Monopole und der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken unterbunden werden. Überbetriebliche Mitbestimmung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Herstellung der Demokratie in der Wirtschaft. Das Funktionieren einer überbetrieblichen Mitbestimmung — auch durch einen Bundeswirtschaftsrat — setzt allerdings das restlose Vorhandensein von Mitbestimmung in der gesamten Wirtschaft voraus.

Ein Bundeswirtschaftsrat hat nur dann einen Sinn, wenn er sich auf paritätisch besetzte Mitbestimmungsorgane in der unteren und mittleren Ebene stützt.